Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7888**
18. Wahlperiode 11.03.2016

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 9. März 2016 gemäß Beschluss vom 15. Juni 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7890).

Seite

I. Zusammenfassung

Der 19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik[1] umfasst Entwicklungen, Ereignisse und Veranstaltungen der Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland sowie der Außenwissenschaftspolitik im Jahr 2015. Der Berichtszeitraum war geprägt von einer Vielzahl von Krisen, insbesondere dem Thema Flucht und Migration.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Aktivitäten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung im Berichtszeitraum besonders hervorzuheben:

- Die Entwicklung und Implementierung von Projekten einer strategischen Auslandskommunikation in Herkunft- und Transitländern zum Thema Flucht und Migration
- Die Unterstützung studierfähiger syrischer Flüchtlinge in Deutschland und den Nachbarländern Syriens
- Der Start der „Philipp-Schwartz-Initiative“, die deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen ab 2016 in die Lage versetzt, verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für bis zu drei Jahre bei sich aufzunehmen
- Die Einbindung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zur Studienvorbereitung und zur Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache für Flüchtlinge im Inland
- Die Einführung von DSD-Prüfungen in „Willkommensklassen“ der sprachlichen Erstintegration im Inland
- Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft
- Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts im Bundeskabinett am 4. November 2015
- Das gemeinsame Engagement von Auswärtigem Amt und Gerda Henkel Stiftung beim Erhalt und Wiederaufbau des bei den schweren Erdbeben in Nepal zerstörten Kulturerbes
- Die erfolgreiche Durchführung der 39. Sitzung des Welterbekomitees in Bonn unter Leitung von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer.
- Der Beginn eines strategischen Dialogs zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten Stiftungen
- Die Durchführung eines Deutschlandjahrs in Israel anlässlich des 50. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie einer Deutschen Saison in Indonesien
- Aktivitäten im Zusammenhang mit „25 Jahre Deutsche Einheit“

[1] Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in seiner Entschließung vom 15. Juni 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7890) aufgefordert, jährlich einen Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vorzulegen.

II. Neubestimmung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nach dem Review-Prozess

1. Die veränderten Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Der „Review-Prozess“ zur deutschen Außenpolitik hat es gezeigt: Eine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die auf einem sozialen Kulturbegriff aufbaut, schafft Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie leistet so nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zur deutschen Außenpolitik, sondern stärker als bisher auch zum Aufbau von und zur Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften. Im Berichtszeitraum geschah dies entsprechend der von Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im Februar 2015 vorgestellten Leitlinien in den Themenbereichen „Kultur in Krisenzeiten / Krisenregionen“, „kulturelle Intelligenz“, Stärkung von „Koproduktionen in Kultur, Bildung und Wissenschaft“ und „Ausbau der kulturellen Infrastruktur“ (vor allem von Schulen und Goethe-Instituten).

2. Partner / Akteure in einem veränderten Umfeld

Auch dank der kontinuierlichen und substanziellen Unterstützung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik durch den Deutschen Bundestag sind die Strukturen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik durch gesellschaftliche Vielfalt und Unabhängigkeit der Akteure geprägt. Die Bundesregierung setzt die strategischen Leitlinien für die Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland und beauftragt Mittlerorganisationen und Partner mit der Umsetzung, die in der Programm- und Projektgestaltung weitgehend frei sind. Kurzportraits der wichtigsten Partner der Bundesregierung finden sich in der Anlage zu diesem Bericht.

In den Gastländern wird die Kultur- und Bildungsarbeit durch die deutschen Auslandsvertretungen koordiniert, um deren Kohärenz zu stärken. Dieser Koordinierungsaufgabe kommt im Zuge einer zunehmenden Anzahl und Diversifizierung der Träger eine immer größere Bedeutung zu, der sich die Auslandsvertretungen in den kommenden Jahren noch intensiver widmen werden.

Das Goethe-Institut hat seine Aktivitäten im Berichtszeitraum ausgeweitet und eine institutionelle Stärkung erfahren. So hat das bisherige lokal getragene Goethe-Zentrum in Windhuk zum 1. Januar 2016 seine Arbeit als vollwertiges Goethe-Institut in Namibia aufgenommen. Ebenso wird derzeit mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo eine Statusvereinbarung zur Einrichtung eines Goethe-Instituts in Kinshasa verhandelt. Dadurch wird das Goethe-Institut künftig auch im wichtigsten Land Zentralafrikas sowohl Sprachkurse anbieten als auch kulturelle Projekte mit Kulturschaffenden Kongos durchführen können.

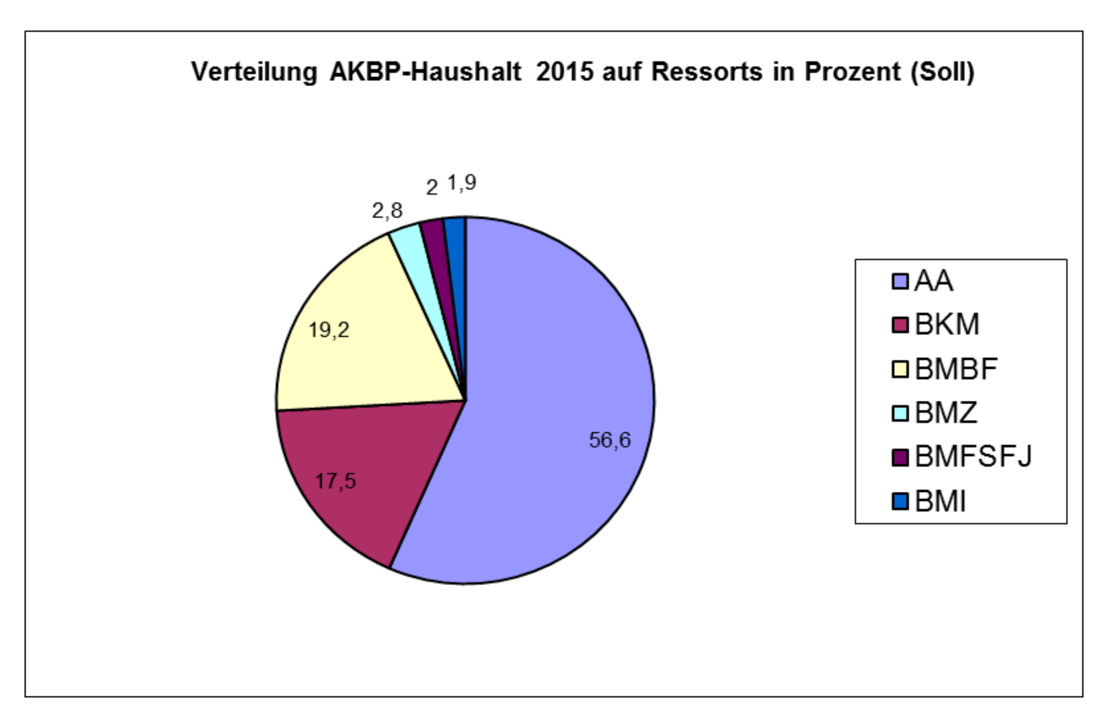
3. Kommunikation

Das Auswärtige Amt verantwortet innerhalb der Bundesregierung die Auslandskommunikation. Ziel aller kommunikativen Maßnahmen ist es, ein realistisches und aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln. Neben den im Koalitionsvertrag festgelegten Maßnahmen der Willkommenskultur zählt hierzu auch, über die Rechts- und Faktenlage von Einwanderung und Asyl in Deutschland aufzuklären, vor Gefahren illegaler Migration zu warnen und Falschmeldungen von Schleppern zu entkräften. In Zusammenarbeit mit den Herkunfts- bzw. Aufenthaltsländern geht es weiterhin darum, über Medien und in öffentlichen Debatten Bleibeperspektiven aufzuzeigen. Das Auswärtige Amt hat in enger Abstimmung mit den beteiligten Bundesministerien diesen beiden Aspekten durch die Umschichtung von Personal- und Sachmitteln bereits im Haushaltsjahr 2015 einen besonderen Stellenwert eingeräumt und wird entsprechende Maßnahmen im Jahr 2016 weiter verstärken. Die deutschen Auslandsvertretungen und Deutschlandzentren an strategischen Regional-Standorten informieren insbesondere über ihre Webseiten und Auftritte in den sozialen Medien tagesaktuell über Deutschland und die deutsche Außenpolitik und sind wichtige Relaisstationen für den Diskurs vor Ort. Auch die Deutsche Welle, der Auslandssender Deutschlands, eigene medienübergreifende Produkte sowie Besucherprogramme für jährlich 1.000 Multiplikatoren bilden zusätzlich wichtige Kommunikationsstränge für und über Deutschland.

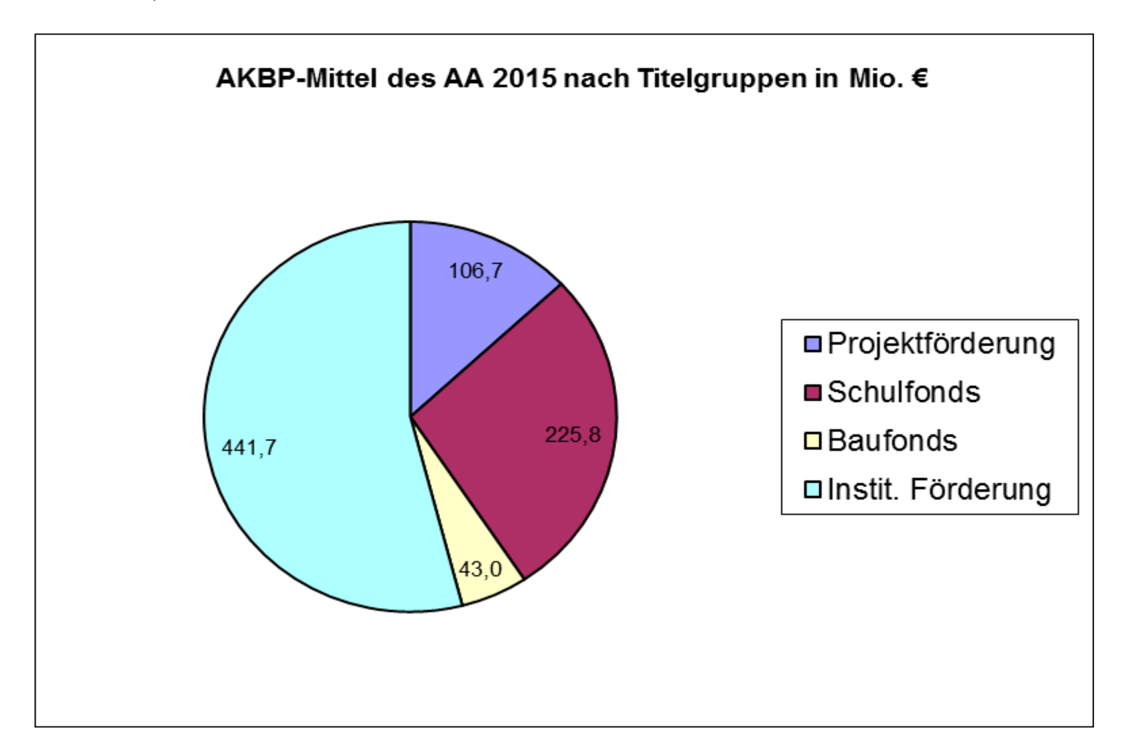
4. Ressourcen

Die finanziellen Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung beliefen sich 2015 auf insgesamt 1,673 Mrd. Euro. Davon entfielen 817,2 Mio. Euro allein auf Kapitel 0504 (Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland). Inklusive der weiteren Haushalts-Positionen (z. B. Deutsches Archäologisches Institut, DAI) liegt der Anteil des Auswärtigen Amts bei fast 57 %. Die weiteren Mittel verteilten sich auf die Haushalte der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (BMZ), des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums des Innern (BMI).



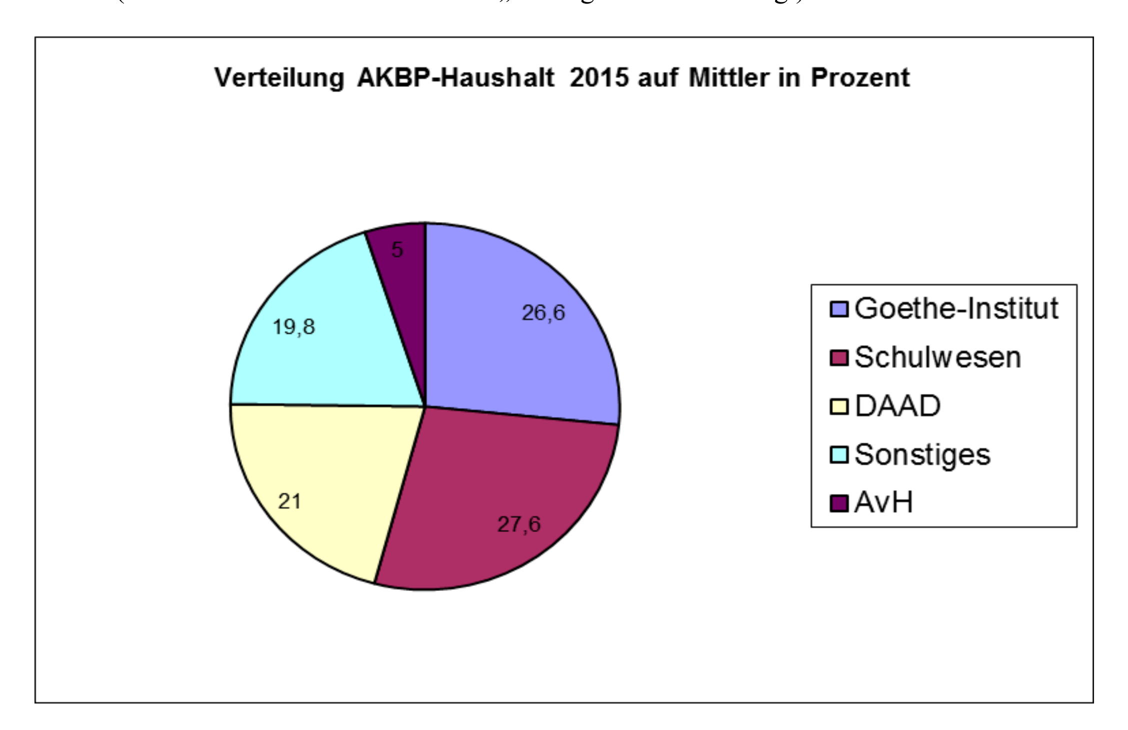
Das folgende Diagramm gibt die Verteilung der im Kapitel 0504 des Auswärtigen Amtes verfügbaren Mittel (817,24 Mio. Euro) wieder:



Im Haushalt 2015 wurden für acht vom Auswärtigen Amt institutionell geförderte Mittlerorganisationen finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 439 Mio. Euro (54 %) bei Kapitel 0504 für Personalkosten, Ausstattung, operative Mittel, Programmarbeit und Investitionen veranschlagt. Auf das Goethe-Institut entfielen hiervon 217 Mio. Euro. Die Projektförderung finanzierte das Auswärtige Amt mit 106,75 Mio. Euro (13,1 %). Neben Kulturprojekten werden hieraus auch Stipendien- und Austauschprogramme des Bereichs Wissenschaft und Hochschulen finanziert. Die finanziellen Mittel im Zusammenhang mit den verschiedenen

Schultypen des Auslandsschulwesens und für die Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit im schulischen Bereich (Schulfonds) beliefen sich 2015 auf 225,75 Mio. Euro (27,6 %). Zuwendungen für Bauprojekte sind darin nicht enthalten. Darüber hinaus wurde aus Kapitel 0502 die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit insgesamt 2,509 Mio. Euro gefördert (davon 334.000 Euro als institutionelle Förderung).

Insgesamt hat sich das Budget der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2015 wie folgt auf die großen Mittler verteilt (Baumaßnahmen sind im Bereich „Sonstiges" berücksichtigt):



Das Deutsche Archäologische Institut – als Bundesanstalt dem Auswärtigen Amt zugeordnet – hat für Personal- und Sachkosten sowie Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften im Jahr 2015 insgesamt 31 Mio. Euro erhalten. Hinzu kamen 2015 Haushaltsmittel des Auswärtigen Amts zur Projektförderung an das Deutsche Archäologische Institut in Höhe von 2,3 Mio. Euro.

Das kulturelle Engagement des Auswärtigen Amts im multilateralen Bereich – 2015 in Höhe von 22 Mio. Euro – beinhaltete insbesondere Pflichtbeiträge zu verschiedenen VN-Organisationen, namentlich der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), dem Internationalen Forschungszentrum für Denkmalpflege und Restaurierung von Kulturgütern (ICCROM) und dem Welterbefonds der UNESCO. Auch die Förderung des Sekretariats der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken und die Unterstützung für das Europa-Kolleg in Brügge und Natolin gehört in diese Kategorie.

Während der Bundeshaushalt für das Jahr 2016 mit einem Ansatz von 1,67 Mrd. Euro das Niveau von 2015 verstetigt, kann das Auswärtige Amt bei Kapitel 0504 dank der breiten Unterstützung im parlamentarischen Haushaltsverfahren einen deutlichen Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr (von 817,24 Mio. Euro auf 861,59 Mio. Euro) verzeichnen.

III. Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Berichtszeitraum

1. Besonderer Fokus: Kultur und Bildung in Krisenzeiten und -regionen

Angesichts der zahlreichen aktuellen politischen Problemfelder und Krisen hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für dieses Themenfeld im Berichtszeitraum flexibel reagiert und einen besonderen Schwerpunkt ausgebildet und zwar insbesondere durch den Schutz und Erhalt von kulturellen Freiheitsräumen als „Hilfe zur Humanität", in Ergänzung der humanitären Hilfe.

Der Schutz des Kulturerbes spielte im Berichtszeitraum national und international erneut eine wichtige Rolle – für die ethnische, nationale oder religiöse Identität eines Landes, als historische Erkenntnisquelle sowie als bedeutsamer Tourismus- und Wirtschaftsfaktor: denn das Kulturerbe war auch im Jahr 2015 in vielen Ländern häufig durch gezielte Zerstörungen, Raubgrabungen, Plünderungen, Diebstahl oder illegale Ausfuhr bedroht.

a) Schutz kultureller Identitäten

Der Schutz kultureller Identitäten spielte im Berichtszeitraum eine besondere Rolle. Im Vordergrund standen dabei die Maßnahmen des Kulturerhalts und des internationalen Kulturgüterschutzes.

Kulturerhalt

Im Rahmen seines Kulturerhalt-Programms hat das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum wichtige Maßnahmen zum Schutz von Kulturgütern und kultureller Identitäten im Ausland unterstützt. Der Beitrag von Kulturerhalt-Vorhaben zur Stabilisierung in Krisenstaaten und zum Kulturgüterschutz als Krisenprävention hat dabei weiter an Bedeutung gewonnen. Dazu gehörten die nachfolgend genannten besonders bedeutsamen Projekte in Syrien, Nepal und Mali, die auch 2016 fortgeführt werden sollen.

Mit dem Syrian Heritage Archive Projekt wird die Erstellung eines digitalen Kulturgüterregisters durch das Deutsche Archäologische Institut und das Museum für Islamische Kunst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vorangetrieben. Das Projekt ist als eine Postkonfliktmaßnahme zu verstehen, um den Wiederaufbau von Kulturstätten nach dem Ende des Bürgerkriegs zu ermöglichen.

In Mali wurde mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung das Projekt zur Konservierung der 2013 unter spektakulären Umständen vor den Islamisten geretteten Handschriften von Timbuktu fortgesetzt. Projektträger ist die Universität Hamburg mit ihrem malischen Partner SAVAMA.

In Nepal engagieren sich Auswärtiges Amt und die Gerda Henkel Stiftung gemeinsam für den Erhalt und den Wiederaufbau des bei den beiden schweren Erdbeben am 25. April und 12. Mai 2015 zerstörten Kulturerbes, zu dem wichtige UNESCO-Weltkulturerbestätten gehören. Leitgedanken dieser Initiative sind, die kulturelle Identität Nepals zu stärken, möglichst vielen lokalen Beschäftigten ein Auskommen zu sichern und den für das Land existentiellen Wirtschaftszweig des Tourismus schnellstmöglich wieder zu beleben.

Internationaler Kulturgüterschutz und Kulturgüterrückführung

Die unrechtmäßige Verbringung von Kulturgütern ist seit Jahrzehnten international geächtet, insbesondere durch das UNESCO-Übereinkommen[2] über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14. November 1970, dem inzwischen 130 Staaten – darunter auch Deutschland – beigetreten sind. Innerstaatlich wurde das Abkommen durch das am 29. Februar 2008 in Kraft getretene Kulturgüterrückgabegesetz (KultGüRückG) umgesetzt, auf dessen Grundlage nach dem 26. April 2007 unrechtmäßig nach Deutschland verbrachte Kulturgüter angehalten und auf Ersuchen eines Vertragsstaats zurückgeführt werden müssen. In der Praxis hat das Gesetz jedoch zu erheblichen Anwendungsschwierigkeiten geführt, so dass insbesondere aufgrund der hohen Rückgabevoraussetzungen trotz zahlreicher Rückgabefälle bisher kein einziges Objekt aus Deutschland auf Grundlage des Gesetzes zurückgeführt werden konnte. Einen Sonderfall bilden Kulturgüter aus Irak und Syrien, für die besondere Verordnungen[3] der Europäischen Union gelten, die Einfuhr, Ausfuhr und Handel grundsätzlich verbieten (für Irak seit 2003, für Syrien seit 2013). Trotz dieser unzureichenden Gesetzeslage gelingt es in Einzelfällen immer wie-

---

[2] BGBl. II 2007, S. 627.

[3] VERORDNUNG (EG) Nr. 1210/2003 DES RATES vom 7. Juli 2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2465/1996 (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 791/2014 des Rates (ABl. L 217 vom 23.7.2014, S. 5) geändert worden ist; VERORDNUNG (EU) Nr. 1332/2013 DES RATES vom 13. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien (ABl. L 335 vom 14.12. 2013, S. 3).

der, illegal nach Deutschland verbrachte Kulturgüter aufgrund anderer Rechtsnormen (z. B. des Straf- und Zivilrechts) oder wegen freiwilliger Rückgaben an Herkunftsstaaten zurückzuführen.

Um den Schutz von Kulturgut umfassend zu stärken und besser gegen den illegalen Handel mit Kulturgut vorzugehen, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die bisher bestehenden Gesetze[4] im Bereich des Kulturgutschutzes in einem neuen, einheitlichen Gesetz zusammenzuführen und darin auch neues EU-Recht, die Rückgaberichtlinie[5] von Mai 2014, umzusetzen. Die Umsetzung der UNESCO-Konvention vom 14. November 1970 soll verbessert und deutsches Recht an internationale Standards angepasst werden. Ziel ist es, mit eindeutigen Ein- und Ausfuhrregelungen sowie mit klaren Sorgfaltspflichten beim Erwerb von Kulturgut auch den Kunsthandelsstandort Deutschland zu stärken. Das Bundeskabinett hat dem Gesetzesentwurf am 4. November 2015 zugestimmt. Abhängig vom Verlauf des parlamentarischen Verfahrens soll das Gesetz Mitte 2016 in Kraft treten.

Auf der 39. Sitzung des Welterbekomitees, die unter deutschem Vorsitz vom 28. Juni bis zum 8. Juli 2015 in Bonn mit 2700 Teilnehmern stattfand, wurde die „Bonner Erklärung zum Welterbe“ verabschiedet, in der die Zerstörung von Welterbestätten in Nahost durch die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) und vorsätzliche Angriffe auf Kulturerbestätten als Kriegsverbrechen verurteilt werden. Damit verstärkte das Welterbekomitee die gemeinsam von Deutschland und Irak am 28. Mai 2015 eingebrachte Resolution der UN-Generalversammlung in New York. Teile der von Deutschland initiierten Reformen wurden bereits im Prozess der Vorbereitung der Welterbekomiteesitzung umgesetzt. Auch durch intensive vorbereitende Gespräche bei politisch sensiblen Fragen (z.B. der Nominierung von Industriedenkmälern in Japan, in denen koreanische und chinesische Arbeiterinnen und Arbeiter in der Zeit des Zweiten Weltkriegs gezwungen waren, unter harten Bedingungen zu arbeiten) konnte die auf Dialog und Verständigung ausgerichtete Konvention gestärkt werden. Die Welterbeliste wurde um 24 Neueinschreibungen erweitert, 141 Erhaltungsberichte wurden beraten. Für Organisation, Sitzungsstrategie und Sitzungsleitung sowie für die harmonische und konstruktive Grundstimmung prägten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Begriff „Spirit of Bonn“. Der Deutsche Bundestag unterstützte diese Bemühungen der Bundesregierung mit dem Antrag „UNESCO-Weltkulturerbe dauerhaft sichern“ vom 17. Juni 2015 (Bundestagsdrucksache 18/5216).

In Umsetzung des Koalitionsvertrags hat die Bundesregierung im Jahr 2015 einen zwischen Bund und Ländern abgestimmten Vorschlag für ein Europäisches Kulturerbejahr 2018 in die Brüsseler Gremien eingebracht, der vom Rat der Europäischen Union, vom Europäischen Parlament und im Europarat begrüßt wurde. Zur Umsetzung bedarf es noch eines entsprechenden Vorschlags der Europäischen Kommission.

b) Bildung, kulturelle Bildung und kulturelle Intelligenz

Auch durch die Zusammenarbeit im Bereich Bildung und kultureller Bildung trägt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu Stabilität und Ordnung sowie zur Prävention und Bewältigung von Krisen bei. Dies geschieht insbesondere durch Netzwerkausbau und mit der Ausbildung aktueller und zukünftiger Eliten in Schlüsselländern. Gleichzeitig fördert sie so die interkulturelle Kompetenz, die Grundvoraussetzung für Verständigung zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen ist.

Syrien läuft infolge des Konflikts Gefahr, eine gesamte Generation von Akademikerinnen und Akademikern und zukünftigen Fach- und Führungskräften zu verlieren. Deshalb unterstützt das Auswärtige Amt insbesondere syrische Studierende und studierfähige Flüchtlinge. Einen deutlichen Schwerpunkt bilden dabei Stipendienprogramme in Deutschland und in den Nachbarländern Syriens. So haben im September 2015 271 Syrerinnen und Syrer über das Programm „Leadership for Syria“ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ein Studium in Deutschland aufgenommen. Das Auswärtige Amt kooperiert dabei mit dem Land Baden-Württemberg (50 Stipendien) und dem Land Nordrhein-Westfalen (21 Stipendien). Das Programm zielt vor allem darauf ab, syrische Flüchtlinge durch Studienangebote in Deutschland gezielt darauf vorzubereiten, einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau in Syrien leisten zu können. Ein wesentliches Merkmal des Programmes ist es, dass die Stipendiaten zusätzlich zu ihrem Kernstudium ein Begleitstudium in den Bereichen gute Regierungsführung, Zivilgesellschaft und nachhaltiges Projektmanagement durchlaufen.

---

[4] Kulturgüterschutzgesetz vom 8. Juli 1999 (BGBl. I S. 1754), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Mai 2007 (BGBL.I S.757 geändert worden ist; Kulturgüterrückgabegesetz vom 18. Mai 2007 (BGBl. S. 757,2547), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I .S 1482) geändert worden ist; Gesetz zur Ausführung der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 18. Mai 2007 (BGBl. S. 757, 762, 2547).

[5] Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates verbrachten Kulturgütern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (Neufassung) (ABl. L 159 vom 28. 5. 2014, S. 1.

Auch die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) wird weiterhin vom Auswärtigen Amt unterstützt. Das beim Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) angesiedelte Programm, das Drittland- bzw. Surplace-Stipendien für anerkannte Flüchtlinge vergibt, erhält jährlich rund 3,4 Mio. Euro. Zusätzliche Sondermittel in Höhe von einer halben Mio. Euro haben unter anderem dazu beigetragen, dass 2015 190 syrische Flüchtlinge ihr Studium in den Nachbarländern, vor allem in Libanon und der Türkei, aufnehmen bzw. fortsetzen konnten. Insgesamt werden über 2.200 Flüchtlinge aus 40 Ländern gefördert. DAFI hat sich erfolgreich darum bemüht, den Geberkreis zu erweitern, so dass inzwischen auch die BASF-Stiftung und die britische SAID-Stiftung zu den Geldgebern zählen.

Durch die zunehmenden Krisen und Konflikte steigt auch die Zahl der Forscherinnen / Forscher und Wissenschaftlerinnen / Wissenschaftler, die in ihrer Heimat von Krieg und Verfolgung bedroht sind. Das Auswärtige Amt und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) haben deshalb gemeinsam mit der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung, der Gerda Henkel Stiftung, der Klaus Tschira Stiftung und der Robert Bosch Stiftung ein neues Stipendienprogramm gestartet, das deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen in die Lage versetzt, verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für bis zu drei Jahre bei sich aufzunehmen. Namensgeber der Initiative ist der jüdische Pathologe Philipp Schwartz, der 1933 selbst aus Deutschland fliehen musste und im Exil die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ gründete.

Qualifizierte Fach- und Führungskräfte sind auch zentral für die nachhaltige Entwicklung, insbesondere in Entwicklungsländern. Die im September 2015 verabschiedete Globale Agenda 2030 greift die Bedeutung von Hochschulbildung und Wissenschaft in den internationalen Entwicklungszielen (SDGs) explizit auf. Eine starke, chancengerechte und hochwertige Hochschulbildung trägt maßgeblich zur Erreichung des Bildungsziels (SDG 4) bei und ist gleichzeitig bedeutsam für das Erreichen praktisch aller Entwicklungsziele.

Im Juli 2015 wurde auf dieser Grundlage die neue Bildungsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veröffentlicht. Sie betont den menschenrechtlichen Anspruch auf Zugang zu Bildung, ist kompatibel mit den Bildungszielen der Agenda 2030 und setzt entsprechende Akzente für die Umsetzung der globalen Ziele, auch in Hochschulbildung und Wissenschaft. Der regionale Fokus liegt auf Afrika. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt dabei verschiedene Instrumente ein: Stipendien und Alumni-Förderung, Hochschulkooperationen, Beratung von Politik und Bildungseinrichtungen, Kapazitätsbildung und Infrastrukturaufbau. Neben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit spielt die Kooperation des BMZ mit dem DAAD und der AvH eine tragende Rolle. Zur Stärkung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt unterstützt das BMZ im Bildungssektor insbesondere durch Programme, welche die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) weltweit mit Partnerinstitutionen durchführt, bei der Erstellung kultursensibler Curricula, interkultureller Bildungsmodelle und mehrsprachiger Lehr- und Lernmaterialien. Dies trägt u.a. dazu bei, diskriminierende Rollen- und Denkmuster aufzubrechen, Benachteiligungen und Zugangshindernisse abzubauen und den Zusammenhalt kulturell und religiös vielfältiger Gesellschaften zu stärken.

Der DAAD erhält zusätzlich zur institutionellen Förderung des Auswärtigen Amts in Höhe von 171 Mio. Euro (einschließlich Investitionen) im Jahr 2015 fortlaufende jährliche Zuwendungen in Höhe von rund 40 Mio. Euro vom BMZ zur Durchführung von derzeit zehn Stipendien- und Hochschulkooperationsprogrammen. Dem DAAD wurden 2015 darüber hinaus folgende Mittel folgender Zuwendungsgeber für Projektförderung zur Verfügung gestellt (Soll 2015): Auswärtiges Amt: ca. 14,7 Mio. Euro, BMBF ca. 103 Mio. Euro, BMWi und Länder ca. 1,2 Mio. Euro, Europäische Union ca. 75,3 Mio. Euro und von Dritten ca. 42,2 Mio. Euro. Im Rahmen der Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“ und „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ hat das BMZ mit dem DAAD 2015 ein zusätzliches Programm „1.000 Stipendien für afrikanische Studierende“ aufgesetzt. Ziel ist, mehr künftige Hochschullehrende und Verantwortungsträgerinnen und -träger in Afrika in den Schwerpunkten Ernährungssicherung und Konfliktprävention auszubilden. Bis Ende 2015 waren ca. 230 Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewählt bzw. wurden bereits gefördert.

Die AvH führt im Auftrag des BMZ (mit rund 6,6 Mio. Euro pro Jahr) das Georg Forster-Forschungsstipendienprogramm und das Georg Forster-Forschungspreis-Programm zur Förderung von überdurchschnittlich qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Entwicklungs- und Schwellenländern durch. 2015, im Jahr des Klimaschutzgipfels in Paris, wurden über Energie- und Klimafondsmittel des BMZ (EKF) drei zusätzliche Georg Forster-Preise für klimaschutzrelevante Forschung vergeben.

Auch aus entwicklungspolitischer Sicht kann tertiäre Bildung dazu beitragen, die Ursachen von Krisen und Flucht zu mindern. In Krisensituationen können akademische Ausbildungsangebote jungen Menschen wichtige Zukunftsperspektiven bieten. Gemeinsame Angebote für Flüchtlinge und Studierende aus aufnehmenden

Ländern stärken die Integration und tragen zur Stabilisierung bei. In Jordanien stellt das BMZ deshalb seit Januar 2015 Hochschulstipendien und begleitende Programme für syrische Flüchtlinge und benachteiligte Jordanierinnen und Jordanier zur Verfügung.

c) Integration von Flüchtlingen in das deutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem

Viele Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, bringen eine Hochschulzugangsberechtigung oder sogar akademische Vorkenntnisse und Abschlüsse mit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will möglichst vielen studierfähigen und studierwilligen Flüchtlingen den Zugang zu deutschen Hochschulen ebnen. Dazu hat das BMBF ein mehrjähriges Maßnahmenpaket im Umfang von 100 Miollionen Euro beschlossen, das der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) umsetzt. Zur schnellen Orientierung studierwilliger Flüchtlinge hat der DAAD Informationen aufbereitet (Study-in.de/en/refugees). Das Angebot richtet sich an alle studieninteressierten Flüchtlinge unabhängig vom Asylstatus. Zweitens stellt der DAAD als Mittlerorganisation Hochschulen mit einer relevanten Anzahl von Flüchtlingen Mittel zur Verfügung, um ehrenamtliche Studierendeninitiativen im Rahmen von studentischen Mitarbeiterverträgen und mit Sachmitteln zu unterstützen. Die Maßnahme richtet sich an deutsche und internationale Studierende, die an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Drittens sollen mittels existierender und bewährter Testverfahren und Prüfabläufe zügig die individuellen sprachlichen und fachlichen Kompetenzen von Flüchtlingen ermittelt werden, die eine Hochschulzugangsberechtigung ihres Herkunftslandes haben. Viertens finanziert das BMBF zur Studienvorbereitung zusätzliche Plätze an Studienkollegs und vergleichbaren Einrichtungen an Hochschulen. Der Adressatenkreis der beiden letztgenannten Maßnahmen hängt von den jeweils geltenden landesrechtlichen Zulassungsbestimmungen ab. Hinzu kommen allgemeine Maßnahmen des DAAD zur Verbesserung der Willkommenskultur an Universitäten, die im Rahmen des Programms STIBET (Stipendien und Betreuung) 2015 durch das Auswärtige Amt mit 10,5 Mio. Euro gefördert wurden. Hierbei werden besonders innovative Projekte zur Betreuung ausländischer Studierender an einzelnen Universitäten unterstützt: die Hochschulen erhalten die Möglichkeit zur Vergabe eigener Stipendien, und der DAAD vergibt einen jährlichen Exzellenzpreis auf diesem Gebiet.

Außeruniversitäre Forschungsorganisationen wie die Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) haben ebenfalls Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in ihre Einrichtungen und Programme ergriffen.

d) Flucht und Migration im Fokus der Auslandskommunikation

Im Berichtszeitraum bildete das Thema Flucht und Migration einen Schwerpunkt in der Auslandskommunikation. Das Auswärtige Amt und seine Auslandsvertretungen klärten insbesondere über die sozialen Medien Menschen in den Herkunftsländern sowie auf der Transitroute über die Gefahren von Flucht und irregulärer Migration und die tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa auf. Die regionalen Schwerpunkte der Aufklärungskampagnen wurden auf die Herkunftsländern der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge bzw. Migrantinnen und Migranten ausgerichtet und neben dem Westbalkan ab Herbst 2015 vor allem auf syrische und afghanische Flüchtlinge konzentriert. Die entwickelten Maßnahmenpakete sollen Fluchtwillige im Heimatland, in den Erstaufnahmeländern (insbesondere bei syrischen und afghanischen Flüchtlingen) sowie auf den Migrationsrouten in die EU und innerhalb der EU erreichen. Durch eine Mischung von Maßnahmen im Bereich der sozialen Medien, der klassischen Medien und der Öffentlichkeitsarbeit sollen die Menschen in den Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitländern über diejenigen Foren und Instrumente erreicht werden, die sie selbst konsultieren und in denen sie kommunizieren.

Auf diese Weise konnten aufkommenden Gerüchten und bewusst gestreuten Falschdarstellungen im Netz schnell und zielgerichtet objektive Informationen entgegen gestellt werden. Ein Beispiel ist die Aufklärungskampagne des Auswärtigen Amts in Afghanistan, bei der über großflächige Plakate und Sachinformationen über die Facebookseiten der Botschaft Kabul und des Generalkonsulats Masar-e-Sharif eine Vielzahl von Afghaninnen und Afghanen erreicht werden konnte. Flankierend informiert die Deutsche Welle in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt Nutzer in Afghanistan und Pakistan sowie afghanische Flüchtlinge in Iran und Pakistan in den Landessprachen Dari, Paschtu und Urdu.[6] Seit April / Mai 2015 berichtet die Deutsche Welle als einer der ersten Sender intensiv in allen Facetten über die Flüchtlingsproblematik. Die Deutsche Welle hat hierzu eine Themenwoche „Flucht nach Europa“ durchgeführt und stellt auf einem Online-Portal seit Septem-

[6] Die Arbeit der Auslandsvertretungen in der Flüchtlingskrise ist auf dem Youtube-Kanal des Auswärtigen Amts zu sehen unter https://www.youtube.com/watch?v=9Kircw8RwGY.

ber 2015 Sonderseiten für Asylsuchende bereit. Das Online-Themen-Special „Vom Balkan nach Deutschland: Fakten statt Mythen“ richtet sich gezielt an Menschen vom Balkan.

2. Koproduktion von Wissen und Kultur

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik richtete sich im Berichtszeitraum stärker als bisher auf das gemeinsame Erarbeiten von Wissen und Kultur aus. Sie versteht sich dabei eher als „Ermöglicher“ von Kultur und Bildung denn als bloßes Instrument zur Repräsentation nationaler Kultur.

a) Bildungsbiographien

Die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Ausland versteht sich als Beitrag zu einem selbstbestimmten Leben und möchte durch die Förderung von Bildungsbiographien eine intensive Bindung an und Auseinandersetzung mit Deutschland fördern. Das Auswärtige Amt bietet eine kontinuierliche Bildungsbegleitung von Ausländerinnen und Ausländern an – beginnend bei den Deutschen Auslandsschulen und ausgewählten nationalen Schulen unserer Partnerländer mit verstärktem Deutschunterricht, die gemeinsam das Netzwerk „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) bilden, über Studien-, Doktoranden und Postdoc-Förderung, bis hin zu Alumni-Aktivitäten. Die daraus entstehenden Bildungsbiographien stärken die dauerhafte Verbindung von hochqualifizierten Menschen zu Deutschland.

Ein beispielhaftes Projekt für Bildungsbiographien ist die Betreuungsinitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen (BIDS) des DAAD, die deutsche Hochschulen dabei unterstützt, Kontakte zu den Schulen des seit 2008 aufgebauten PASCH-Netzwerks aufzubauen und deren Absolventinnen und Absolventen einen erleichterten Übergang zum Studium in Deutschland zu ermöglichen. Dazu zählen intensive Informationsveranstaltungen und Betreuung bereits an der Schule, studienvorbereitende Maßnahmen, Beratungen in der Bewerbungsphase und intensive Begleitung vor allem in den ersten beiden Semestern.

„Ich wusste bereits in der Grundschule, dass ich Elektroingenieurin werden will“ berichtete eine Alumna der Deutschen Auslandsschule „Istanbul Lisesi“ bei einer Diskussionsrunde in Berlin. Dieser Wunsch geht nun in Erfüllung: Die Alumna hat 2015 mit einem Stipendium des DAAD ein Studium der Elektrotechnik an der TU München begonnen.

Deutsch als Fremdsprache

Im Ausland führt das kontinuierliche Engagement und nicht zuletzt die 2008 von Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) zu wachsendem Interesse an der deutschen Sprache. Laut der von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer im April 2015 vorgestellten weltweiten Erhebung der Zahl der Deutschlernenden ist die Zahl der Deutschlernenden weltweit seit 2010 von 14,9 auf 15,4 Millionen gestiegen. Insbesondere in den Wachstumsregionen der Welt wie China, Indien und Brasilien ist eine starke Nachfrage nach Deutsch zu verzeichnen. Die meisten Deutschlernenden befinden sich nach wie vor mit 9,4 Millionen jedoch in Europa. Weltweiter Spitzenreiter ist Polen mit 2,28 Millionen Deutschlernenden. In Brasilien lernen landesweit 134.000 Menschen Deutsch und somit 34 % mehr als 2010 und auch in China hat sich die Zahl der Deutschlernenden verdoppelt. Die Erhebung bestätigt, dass deutsche Sprachkenntnisse überwiegend an Schulen erworben werden: 13,4 Millionen oder rund 87 % der weltweit erfassten Deutschlernenden sind Schülerinnen und Schüler. Im Hochschulbereich lernten im Berichtszeitraum 1,3 Millionen Studierende Deutsch. Mit den jungen Deutschlernenden von heute gewinnen wir wichtige Partner in Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Forschung für morgen. Sprachförderung ist eine besonders nachhaltige und langfristige außenkulturpolitische Maßnahme. Sie stärkt den interkulturellen Austausch und das Verständnis von- und füreinander auf dem Weg zu einer Außenpolitik der Zivilgesellschaften.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist aktuell für zahlreiche Flüchtlinge mehr denn je Schlüssel zur Integration in Deutschland. Die vom Auswärtigen Amt geförderten Mittlerorganisationen verfügen über langjährige profunde Erfahrungen in der Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache. Diese Angebote wurden in einem vom Auswärtigen Amt angestoßenen ressortübergreifenden Dialog Innenbehörden und Universitäten vorgestellt. Neben den klassischen Sprachkursen, die im Inland vielerorts auch von Ehrenamtlichen durchgeführt werden, rücken dabei verstärkt virtuelle Sprachvermittlungsprogramme in den Fokus, die eine größere Zahl von Lernern unterstützen. Dazu zählen vielfältige Online-Sprachangebote des Goethe-Instituts und des Test-DaF-Instituts. Diese unterstützen zudem ehrenamtliche Aktivitäten und kooperieren untereinander sowie mit

Universitäten und den zuständigen Innenbehörden, um die gemeinsamen Anstrengungen zur sprachlichen Integration aufeinander abzustimmen. Zudem bietet die Deutsche Welle mit ihren Sprachlernangeboten weltweit allen an der deutschen Sprache Interessierten einen einfachen und schnellen Zugang.

Im schulischen Bereich werden die Erfahrungen aus über 40 Jahren Vermittlung des „Deutschen Sprachdiploms der KMK" (DSD) im Ausland mittlerweile auch im Inland eingesetzt: Acht Bundesländer haben die DSD-Prüfung (Stufe 1) in „Willkommensklassen" der sprachlichen Erstintegration eingeführt.

Ein Schwerpunkt der Fördermaßnahmen lag in den vergangenen Jahren auf der Verbindung von Deutsch und beruflicher Bildung, insbesondere in Südeuropa. So wird im Rahmen der Initiative des Goethe-Instituts „Mit Deutsch in den Beruf" in Italien die Berufsorientierung durch Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen gefördert. Mit dem Ideenwettbewerb „Unternehmen Deutsch" werden Brücken zwischen Schule und Arbeitswelt gebaut und der Erfindergeist von Schülerinnen und Schülern herausgefordert. Grundgedanke ist, dass Deutschkenntnisse auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt einen entscheidenden Mehrwert darstellen. Bislang konnten 41 Lernpartnerschaften zwischen berufsbildenden Schulen und in Italien ansässigen deutschen bzw. italienischen Betrieben mit Deutschlandbezug gebildet werden. Projektbegleitende Partner sind neben dem italienischen Bildungsministerium das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie GOVET, die Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

„Für die Zukunft italienischer Jugendlicher ist eine Annäherung zwischen Schule und Arbeitswelt ausschlaggebend. Im Rahmen des Projekts „Unternehmen Deutsch" habe ich junge Deutschlerner in meine Unternehmen eingeladen, damit sie erleben können, wie wichtig ein direkter Kontakt zu den Kunden ist. Es ist für uns sehr wichtig, Mitarbeiter zu haben, die mit unseren deutschen Kunden kommunizieren können." Bruno Manetti, Bruno Manetti Cashmere.

Im Berichtszeitraum konnte Deutsch in einigen Ländern durch Gemeinsame Absichtserklärungen auch institutionell gestärkt werden. So wurde im Juli 2015 und im Jubiläumsjahr der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel eine Absichtserklärung mit dem israelischen Erziehungsministerium zur Einführung von Deutsch an israelischen Schulen unterzeichnet. Die Absichtserklärung verankert den Deutschunterricht erstmalig im regulären Schulunterricht. In einer im August zwischen dem chinesischen Bildungsministerium, Auswärtigem Amt und der KMK unterzeichneten Absichtserklärung zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des Schüler- und Jugendaustausches wird auch die Förderung der Partnersprache an Schulen festgehalten. Im Rahmen der ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen unterzeichneten der brasilianische Bildungsminister und Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im August 2015 eine Absichtserklärung zur Förderung von Deutsch als Fremdsprache in Brasilien, um der steigenden Nachfrage nach Deutsch Rechnung zu tragen und das Deutschangebot an brasilianischen Schulen auszubauen. Im Rahmen der dritten deutsch-indischen Regierungskonsultationen wurde im Oktober 2015 ebenfalls eine Absichtserklärung zur Förderung der Partnersprache unterzeichnet. Das Interesse an der deutschen Sprache hat in Indien in den letzten Jahren stark zugenommen, insbesondere im Rahmen des Programms „Deutsch an 1.000 Schulen" zwischen dem Goethe-Institut und der indischen Schulkette Kendriya Vidyalaya Sangathan. Durch die Unterzeichnung der Absichtserklärung kann Deutsch an diesen Schulen künftig als zusätzliche Fremdsprache weiter unterrichtet werden.

Exkurs: Studienbrücke – Vorbereitung auf das Studium

Die Qualifizierung für ein Studium in Deutschland ist eine entscheidende Motivation für das Erlernen der deutschen Sprache. Steigender Bedarf nach qualifizierten Studierenden, wachsendes Interesse ausländischer Schulabsolventen und Anfragen deutscher Hochschulen erfordern zudem neue Bildungsangebote. Die Studienbrücke des Goethe-Instituts ist ein Bildungsprogramm, das Studieninteressierte mit herausragenden Leistungen u. a. in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächern) im Heimatland sprachlich und fachlich auf ein Studium in Deutschland vorbereitet und in die deutsche Lehr- und Lernkultur sowie in das soziale Umfeld einführt. Durch eine Kombination aus Sprachkursen und Prüfungen, interkulturellen Trainings und Studienberatung qualifiziert die Studienbrücke ausgewählte Schülerinnen und Schüler noch während ihrer Schulzeit für die spätere Aufnahme eines Studiums in Deutschland. Im März 2015 unterzeichnete das Goethe-Institut in diesem Kontext eine Absichtserklärung mit der Universitätsallianz Ruhr und dem DAAD mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler aus Russland, der Ukraine, Kasachstan und Georgien für die direkte Aufnahme eines Studiums in Deutschland nach dem Abitur im Heimatland zu qualifizieren. Die ersten elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind bereits zum Hochschul-

studium zugelassen worden. Das Kontingent soll in den folgenden Jahren substantiell ausgeweitet werden. Das Interesse auf Seiten der Schülerinnen und Schüler und Eltern ist sehr groß, allein in Russland gingen auf die Ausschreibung „Studienbrücke 2015“ über 500 Bewerbungen ein. Für 2016 stehen 60 und für 2017 150 Studienplätze an den Partneruniversitäten in Deutschland zur Verfügung.

Partnerschulinitiative (PASCH) und Deutsche Auslandsschulen

Die von Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier 2008 ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) brachte im Berichtszeitraum über 600.000 Schülerinnen und Schüler in Kontakt mit deutscher Sprache und Bildung. Das PASCH-Netzwerk besteht aus 140 Deutschen Auslandsschulen und knapp 1.700 Schulen in den nationalen Bildungssystemen von über 120 Partnerländern, die von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) oder dem Goethe-Institut betreut werden. Die PASCH-Initiative wird außerdem durch den Pädagogischen Austauschdient (PAD) der KMK und den DAAD umgesetzt und maßgeblich vom Deutschen Bundestag unterstützt. Die PASCH-Schulen werden je nach Profil mit Lehrkräften aus Deutschland gefördert, sowie durch verstärkte Fortbildung von lokalen Deutschlehrerinnen und -lehrern, Lehr- und Lernmittelspenden, Jugendsprachcamps, Schulpartnerschaften oder Stipendien für ein Studium in Deutschland.

Im Berichtszeitraum wurde die Alumni-Arbeit intensiviert. Ebenso wurde eine Gesamtevaluation der PASCH-Initiative angestoßen, um die Initiative zukünftig noch zielgerichteter an die Bedürfnisse des In- und Auslands anzupassen. Die Website der Initiative www.pasch-net.de ermöglicht es den PASCH-Schulen zusätzlich, sich über gemeinsame Projekte hinaus untereinander auch virtuell zu vernetzen. Dadurch entsteht eine internationale Lerngemeinschaft.

Das Auslandsschulwesen stand im Berichtszeitraum insbesondere im Licht der Umsetzung des zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Auslandsschulgesetzes (ASchulG). Den Schulen wurde der Titel Deutsche Auslandsschule offiziell verliehen und die Förderung auf eine neue Systematik umgestellt. Dabei lag ein besonderes Augenmerk auf einer schulfreundlichen Umsetzung. So bietet das ASchulG den Schulen erhöhte Planungssicherheit und gleichzeitig Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität im Einsatz des Budgets. Darüber hinaus sind berufsbildende Abschlüsse, Sozialermäßigungen und Inklusionsmaßnahmen erfasst.

Zur Stärkung der Inklusion an Deutschen Auslandsschulen hat das Auswärtige Amt den Preis „DAS – Gemeinsam Lernen und Leben“ ins Leben gerufen, der seit 2014 für beispielhafte Inklusionskonzepte vergeben wird. Zu den ersten Preisträgern des unter der Schirmherrschaft von Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt stehenden Wettbewerbs gehörte z.B. die Deutsche Schule Pretoria. Unter dem Motto „Gemeinsam auf dem Weg“ setzt die Schule inklusive Maßnahmen auf inner- und außerschulischer Ebene um. Barrierefreie Zugänge, spezielle Schalldämmungen in den Klassenzimmern für Hörgeschädigte, regelmäßige sozialpädagogische Übungen mit den Kindern und „Runde Tische“ mit den Eltern gehören dazu. „Entscheidend ist für uns die innere Haltung aller am Schulleben Beteiligten“, sagte Schulleiter Norbert Klevenz dazu.

Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Im Berichtszeitraum wurden innerhalb des Auswärtigen Amts die bislang in verschiedenen Abteilungen angesiedelten Zuständigkeiten für Wissenschaft und Forschung unter dem Dach der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gebündelt. Neben den traditionellen Themen wie Wissenschaft und Hochschulen kommen als weitere Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nun die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und die Forschungspolitik hinzu.

Wissenschaft und Forschung leisten zusammen mit der schulischen und außerschulischen Bildung einen zentralen Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Internationale Verständigung und die Schaffung von Gemeinsamkeiten über Grenzen hinweg können durch die Koproduktion von Wissen spürbar gestärkt werden. Zentrale Zukunftsfragen werden nur durch interdisziplinäre weltweite Zusammenarbeit von Forscherinnen und Forschern zu lösen sein.

Die Globalisierung von Wissenschaft und Forschung stellt auch das deutsche Wissenschafts- und Hochschulsystem weiterhin vor große Herausforderungen. Die deutschen Hochschulen werden im globalen Wettbewerb nur durch konsequente Internationalisierung ihrer Strukturen, ihrer Forschungsaktivitäten, ihres Lehrkörpers und ihrer Studierendenschaft bestehen können. Deutsche Hochschulen sind bereits mit allen Regionen der Welt vernetzt. Rund 31.000 Kooperationen werden mit ca. 5.000 Partnerhochschulen in 150 Ländern gepflegt. Deutsche Hochschulen bauen ihre transnationalen Kooperationen konsequent aus und erwarten außenpolitische Flankierung in oft schwierigem Umfeld. Daher hat die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag zum

Ziel gesetzt, „eine neue Qualität der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit“ zu erreichen. Neben einer Steigerung der Auslandsmobilität der hiesigen Studierenden ist als weiteres quantitatives Ziel vorgesehen, die Zahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen bis zum Jahr 2020 auf 350.000 zu erhöhen. 2015 studierten bereits 321.569 ausländische Studierende in Deutschland, das waren 11,9 % aller Studierenden. Damit ist Deutschland eines der fünf größten Gastländer für Studierende aus dem Ausland. Angesichts des BMBF-Maßnahmenpakets zur Integration von Flüchtlingen an deutschen Hochschulen dürfte das Ziel von 350.000 internationalen Studierenden bereits vor 2020 erreicht werden. Zu bedenken ist jedoch, dass auch andere Länder ambitionierte Internationalisierungsziele formuliert haben. Insbesondere asiatische Staaten, aber auch andere aufsteigende Schwellenländer werden in den nächsten Jahren auf den internationalen Bildungsmarkt drängen. Trotz des zu erwartenden Anstiegs der Gesamtzahl international mobiler Studierender wird sich die Konkurrenz um die „besten Köpfe“ damit voraussichtlich deutlich verschärfen.

Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, hat sich der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) als wichtigste Förderorganisation von akademischer Mobilität in Deutschland den strategischen Schwerpunkt „Stipendien für die Besten“ gegeben. Neben der Auslandsförderung und der internationalen Netzwerkbildung deutscher Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler soll durch Zahlung attraktiver Stipendien, eine Erhöhung der Forschungspauschalen für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und die Verbesserung der Willkommenskultur den Herausforderungen der globalisierten Wissensgesellschaft noch besser begegnet werden.

Ebenso ist der DAAD nationale Agentur im europäischen Mobilitätsprogramm Erasmus+ und konnte im vergangenen Hochschuljahr über 40.000 Studierende und Lehrende bei einem Lernaufenthalt in Deutschland unterstützen.

Der Austausch über Erkenntnisse und Ideen ist ein wichtiger Motor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovation. Diese ist Bedingung dafür, dass Deutschland ein Vorreiter für technologisch hervorragende Antworten auf die globalen Herausforderungen bleibt. Gerade für die Exportnation Deutschland ist der grenzüberschreitende Wissenstransfer Garant für Wachstum und Beschäftigung. Nicht zu trennen ist die Außenwissenschaftspolitik daher auch von der Sicherung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Deutschland. Enge internationale Kontakte der deutschen Wissenschaft und Hochschulen unterstützen die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie und die Neu- und Weiterentwicklung von Hochtechnologien. In diesem Zusammenhang kommt den Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern (DWIH) eine tragende Rolle zu: Die sechs Häuser schaffen an den Standorten New York, São Paulo, Kairo, Moskau, Neu Delhi und Tokyo Raum für Begegnung und Austausch und werben durch den Zusammenschluss einzelner Wissenschaftsorganisationen übergreifend für den Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Sie unterstützen damit die internationale Netzwerkbildung und fördern die Vertiefung der bilateralen wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.

Dass auch der Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen weiter erhöht werden soll, ist bei wissenschaftspolitischen und wissenschaftlichen Akteuren unstrittig. Zwar konnten in diesem Bereich in den letzten Jahren ebenfalls Fortschritte erzielt werden (z. B. Verdoppelung der Zahl ausländischer Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen seit 2006), doch sind weitere Bemühungen erforderlich, um noch mehr ausländische Lehrende und Forschende für eine wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung trägt insbesondere mit ihren personenbezogenen Programmen der Forschungsförderung, aber auch mit strukturfördernden Maßnahmen wie den Humboldt-Professuren wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei.

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung werden internationale Bildungsbiographien gefördert. Ein Auslandsaufenthalt im Rahmen von „Erasmus+“ oder den bilateralen Austauschprogrammen mit Frankreich und Israel während der beruflichen Ausbildung hilft, internationale Berufskompetenzen wie Fremdsprachen, interkulturelle Kompetenzen und internationales Fachwissen zu erwerben. Weltweit können junge Menschen jedoch auch in ihrem Heimatland ein Stück Deutschland in ihrer Ausbildung erleben. Dies gilt für die Auszubildenden in Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit genauso wie für diejenigen in Berufsbildungsprojekten deutscher Auslandshandelskammern und Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer bei deutschen privaten Berufsbildungsanbietern weltweit. Ungleich größer ist die Zahl derer, die indirekt von der systemischen Beratung von Partnerregierungen und dem durch Deutschland geförderten Aufbau der für eine

praxisorientierte berufliche Ausbildung nötigen Institutionen profitieren. Die nachfolgenden Beispiele illustrieren die Arbeit in diesem vielfältigen Bereich.

Mit dem Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ (Geltungsdauer auf Grund neu erlassener Richtlinie nun bis Ende 2018) werden bundesweit 23 Mobilitätsberaterinnen und -berater bei Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern gefördert, deren Aufgabe es ist, Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) über die Möglichkeiten von Arbeitsaufenthalten im EU-Ausland für ihre Auszubildenden und jungen Fachkräfte zu informieren und sie bei der Organisation solcher Aufenthalte zu unterstützen. Ziel ist es, die KMU in die Lage zu versetzen, Ausbildungsplätze anzubieten, welche den Herausforderungen globaler Märkte entsprechen und die Betriebe als Arbeitgeber für junge Menschen attraktiv zu machen. Darüber hinaus akquirieren die Mobilitätsberaterinnen und -berater auch Praktikumsplätze in Betrieben in Deutschland für Auszubildende und junge Fachkräfte aus dem Ausland.

Bis einschließlich 2015 wurden ca. 139.000 Beratungen von insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Beschäftigung durchgeführt. Auslandspraktika wurden für rund 9.700 Auszubildende und junge Beschäftigte initiiert und organisiert (Outgoing). Darüber hinaus wurden knapp 4.600 Auszubildende und junge Fachkräfte aus dem europäischen Ausland in deutsche Betriebe aufgenommen und durch die Mobilitätsberatungsstellen betreut (Incoming).

Das Unternehmen Liebherr Verzahntechnik aus Kempten im Allgäu sendet jedes Jahr etwa zehn Auszubildende für mehrere Wochen mit Erasmus+ nach Norwegen, um die internationalen Kompetenzen zu stärken, die sie als Facharbeiterinnen und Facharbeiter in dem global aufgestellten Unternehmen brauchen werden. Aufgrund der guten Erfahrungen, die Liebherr in Kempten gemacht hat, wird inzwischen von jedem Ausbildungs-standort erwartet, Auslandsaufenthalte für Auszubildende zu ermöglichen.

Der indische Präsident Narendra Modi erklärte berufliche Bildung zu einem der prioritären Bereiche der deutsch-indischen Zusammenarbeit. Auf deutscher Seite greifen hier die verschiedenen Aktivitäten ineinander: So unterhält das BMBF, fachlich unterstützt durch GOVET / BIBB, mit Indien eine seiner 18 bilateralen Kooperationen und fördert im Rahmen der bis 2018 laufenden zweiten Phase des Projekts VETnet die deutsch-indische Auslandshandelskammer als eine von neun AHKs dabei, Berufsbildungskompetenzen und -netzwerke vor Ort aufzubauen. Die BMBF-Initiative iMOVE hat für das indische Ministerium für Berufsbildung (MSDE) 2015 vier Ausschreibungen durchgeführt. Perspektivisch sollen vier von insgesamt zwölf indischen Leitinstituten der Berufsbildung (sog. Advanced Training Institutes, ATI) drei Jahre lang von deutschen Kompetenzpartnern begleitet werden – finanziert durch die indische Regierung. iMove unterstützt die indischen Berufsbildungsaktivitäten durch Vermittlung von Partnern in der Wirtschaft. Weiterhin ist Indien in der beruflichen Bildung seit 2015 wieder Kooperationsland des BMZ. Im Oktober 2015 unterzeichneten BMZ, BMBF und das indische MSDE ein MoU, um beim Aufbau kooperativer Berufsbildungsstrukturen am Beispiel von ausgewählten Industrieclustern zusammen zu arbeiten. Dazu hat das BMZ im Rahmen seiner technischen Zusammenarbeit das Indo-German Skill Development-Programme über 3 Mio. Euro aufgelegt.

Das German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training (GOVET) im BIBB hat 2015 als zentrale deutsche Anlaufstelle der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit über 800 Informationswünsche, Kooperationsgesuche und sonstige Anfragen aus dem In- und Ausland bearbeitet. GOVET organisierte im Kalenderjahr 2015 insgesamt 14 Runde Tische zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit, um so zu größerer Transparenz und Abstimmung in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit unter den Bundesressorts und weiteren deutschen Akteuren beizutragen.

Eine neue bilaterale Kooperation in der Berufsbildung haben das BMBF, BMAS und BMWi 2015 mit den USA unterzeichnet. Weitere Berufsbildungskooperationen mit Mexiko und Thailand hat das BMBF geschlossen. Innerhalb der BMBF-Kooperationen konnten dabei folgende Erfolge erzielt werden: Die deutsche Beratung ist unter anderem in Italien und in der Slowakei in die Entwicklung neuer Berufsbildungsgesetze eingeflossen, die nun einen neuen rechtlichen Rahmen für duale Berufsausbildung bieten. Ebenso konnten zahlreiche duale Ausbildungsgänge in gemeinsamen Pilotvorhaben gestartet werden. In Mexiko findet bereits eine intensive und konkrete Zusammenarbeit zur Implementierung eines mexikanischen Modells der dualen Berufsausbildung statt, die ressortübergreifend geplant und umgesetzt wird. In den Kooperationsländern innerhalb der Europäischen Union (Portugal, Italien, Griechenland, Slowakei und Lettland) werden die Berufs-

bildungskooperationen seit Juni 2015 durch das BMBF- geförderte Projekt UNIONS4VET beim DGB unterstützt. Ziel ist es die Rolle der Gewerkschaften in der Europäischen Berufsbildung zu stärken.

Anfang Oktober ist das BMBF-Projekt VETnet beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in neun Kooperationsländern in eine zweite Phase bis 2018 gestartet. Nachdem in der ersten Projektphase der Schwerpunkt der einzelnen Auslandshandelskammern darin lag, im Partnerland Berufsbildungskompetenzen und -netzwerke auf- bzw. auszubauen, wird nun der Fokus auf gemeinsamen Pilotprojekten unter Einbeziehung der Wirtschaft liegen. Die Bundesregierung fördert den Export von Dienstleistungen deutscher Anbieter der Aus- und Weiterbildung durch die BMBF-Förderinitiative „Berufsbildungsexport“ (BEX) und durch die BMBF-Initiative iMOVE. Zum Jahresbeginn 2016 gibt es aktuell 43 laufende Vorhaben mit einem durchschnittlichen jährlichen Fördervolumen von 4,3 Mio. Euro im Rahmen von BEX.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hat die berufliche Bildung in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Seit 2009 wurden die Zusagen des BMZ mehr als vervierfacht (von 44,58 Mio. Euro im Jahr 2009 auf rund 178 Mio. Euro 2014). Damit ist Deutschland zurzeit weltweit der wichtigste bilaterale Geber in der beruflichen Bildung. Im Jahr 2015 unterhielt das BMZ 99 Kooperationen in 56 Entwicklungsländern. Schwerpunkte des Engagements in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind insbesondere die Qualifizierung in der informellen Wirtschaft, im ländlichen Raum und im Kontext fragiler Staatlichkeit sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter. Neben bilateralen Vorhaben förderte das BMZ Projekte der Kirchen und von privaten Trägern. Darüber hinaus unterstützt es Berufsbildungspartnerschaften. Regionale Schwerpunkte sind dabei Asien und Afrika.

Berufliche Bildung kann entscheidend dazu beitragen, die Ursachen für Krisen und Flucht zu mindern. Deshalb ist sie zentraler Baustein u. a. in den BMZ-Sonderinitiativen zur „Stabilisierung und Entwicklung in Afrika und Nahost“, „Eine Welt ohne Hunger“ und in der Initiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“. So engagiert sich das BMZ in Afghanistan z. B. für die Bereitstellung von qualifizierten Fachkräften. Berufsbildungs- und Beschäftigungsförderung sowie Integration von Jugendlichen ist auch Schwerpunkt der Kooperation in den palästinensischen Autonomiegebieten. Auch im internationalen Geberkreis setzt sich die Bundesregierung für die wirtschaftliche Stärkung von Frauen durch Berufsbildung ein: So wurde im Rahmen der G7- Präsidentschaft Deutschlands im Juni 2015 das Ziel vereinbart, dass die G7-Staaten bis 2030 ein Drittel mehr Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern beruflich qualifizieren.

b) „6-Augen-Prinzip“ in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Mit dem „6-Augen-Prinzip“ ist die Aufforderung an die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik umschrieben, erstens einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, zweitens internationale, fremde Standpunkte sichtbar und erkennbar zu machen und drittens zu einer *gemeinsamen* Sicht auf Aufgabe und Thema beizutragen. Daher werden im Folgenden Institutionen und Projekte erwähnt, die diesem Gedanken in vorbildlicher Weise Rechnung tragen. Zur Förderung des „6-Augen-Prinzips“ und eines authentischen Dialogs hat Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier auf seinen Auslandsreisen regelmäßig Kulturschaffende aus Deutschland mitgenommen, die zum Teil auch aus den Gastländern stammen. Geistiger Vater des „6-Augen-Prinzips“ ist der deutsche Schriftsteller indischer Herkunft Rajvinder Singh, der vom 29. November bis 13. Dezember 2015 im Rahmen des Vortragsprogramms der Bundesregierung nach Indien und Pakistan reiste. Die Vortragsreise zum Thema „Dialog mit Deutschland“ erfolgte als Follow-up zum Besuch von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier in Indien und wurde vom Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) organisiert.

Humboldt Forum

Mit dem Humboldt Forum entsteht unter Federführung der BKM in Berlin ein Ort für die Begegnung der Weltkulturen und eine einzigartige Plattform für die Koproduktion von Wissen, Bildung und Kultur. Hauptnutzer sind die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit den Sammlungen des Museums für asiatische Kunst und des Ethnologischen Museums, die Humboldt-Universität und das Land Berlin mit der Ausstellung „Welt.Stadt.Berlin“. Das Humboldt Forum versteht sich aber auch als ein Ort, an dem drängende Menschheitsfragen aus Politik, Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und Kunst in internationalem Rahmen behandelt und öffentlich durch Ausstellungen und Formate der Diskussion und des Austausches vermittelt werden sollen. Auf Bitten der Stiftung Berliner Schloss – Humboldt Forum haben sich daher neben dem Auswärtigen Amt auch die Mittlerorganisationen an den Tagen der offenen Baustelle im Juni 2015 engagiert. Im Sommer 2015 wurde das Auswärtige Amt in den Stiftungsrat aufgenommen. Es wird dort als zentraler Ansprechpartner für die Belange der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fungieren und so im

Zusammenspiel von Innen und Außen seinen Beitrag dazu leisten, dass das Humboldt Forum als Ort der Koproduktion von Wissen und Kultur strukturell gestärkt wird.

Artists in Residence

„Artists in Residence"-Programme bringen Künstlerinnen und Künstler und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an anregenden Orten zusammen und ermöglichen ihnen Freiräume für Innovation und Kreativität. Neben Programmen in Deutschland wie der Akademie Schloss Solitude (Stuttgart), dem Künstlerprogramm des DAAD (Berlin) oder dem Iwalewahaus (Bayreuth) unterhält die Bundesrepublik Deutschland selbst oder durch das Goethe-Institut auch Residenzen im Ausland wie die Villa Massimo in Rom, die Villa Romana in Florenz, die Villa Aurora in Los Angeles, die Kulturakademie Tarabya in Istanbul oder die Villa Kamogawa in Kyoto und die Residência Vila Sul in Salvador de Bahía. Über Stipendien gesichert können sich an diesen Orten Künstlerinnen und Künstler aus verschiedenen Ländern austauschen, Koproduktionen entwickeln und Erfahrungen des Gastlandes für die spätere Arbeit im Heimatland nutzbar machen. Das Auswärtige Amt, das Goethe-Institut und die Betreiber verschiedener Residenzprogramme arbeiten derzeit gemeinsam daran, die bestehenden Residenzen enger zu vernetzen, neue Formate der Arbeit mit Künstlerinnen und Künstlern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu entwickeln und weltweit neue Partner der Zusammenarbeit zu gewinnen. Ein erstes größeres Treffen hierzu fand im Oktober 2015 in Berlin statt.

Das Auswärtige Amt hat zudem im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem Landesverband der Berliner Galerien das „AArtist in residence"-Programm gestartet – es bietet ausgewählten ausländischen und deutschen Künstlerinnen und Künstlern mit internationalem Bezug die Möglichkeit, für drei Monate in einem Atelier auf dem Dach des Auswärtigen Amts zu arbeiten. Ziel ist es, durch grenzüberschreitende Koproduktion von Wissen und Kunst Kulturen zu vernetzen und so Dialog und Verständigung zu fördern.

Internationaler Jugendaustausch

Die Bundesregierung förderte auch im Berichtszeitraum zahlreiche Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme und ermöglichte es so vielen jungen Menschen, internationale Erfahrungen zu sammeln, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und Vielfalt wertschätzen zu lernen. Die Maßnahmen trugen dazu bei, dass bei den Teilnehmenden die Fundamente für Verständigung, interkulturelles Lernen und mehr Partizipation gelegt und Bildung, Teilhabe, gesellschaftliches Engagement, soziale Eingliederung, Toleranz und Solidarität gefördert wurden.

Ziel ist es, den internationalen Jugendaustausch mit seinen Jugendwerken und Austauschorganisationen für alle jungen Menschen zu stärken und dabei insbesondere auch die jungen Menschen zu erreichen, die bisher noch nicht vom internationalen Jugendaustausch profitieren konnten.

Gefördert wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend daher weitere Aktivitäten der jugendpolitischen Initiative JiVE – Jugendarbeit international – Vielfalt erleben. Mit dieser von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. – koordinierten Initiative engagieren sich viele unterschiedliche Akteure, wie z. B. Bundesländer / Landesjugendbehörden, die kommunalen Spitzenverbände und das Netzwerk „Kommune goes International", der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und die Arbeitsgemeinschaft „International mobil zum Beruf" sowie die Deutsche Sportjugend und die Deutsch-Türkische Jugendbrücke dafür, auch den Jugendlichen, die nicht selbstverständlich über Schule oder Elternhaus Zugänge vermittelt bekommen, Erfahrungen in einem anderen Land zu ermöglichen. www.jive-international.de

Die Politik der Bundesregierung für junge Menschen ist dabei in einem doppelten Sinne europäisch und international ausgerichtet: Sie setzt einerseits Impulse für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa und weltweit. Andererseits greift sie europäische und internationale Entwicklungen auf und macht diese zum Gegenstand ihrer politischen Auseinandersetzung im Inland, wie zum Beispiel bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Bund und Länder arbeiten bereits seit mehreren Jahren eng an einer gemeinsamen Umsetzung in Form einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zusammen. Sie nutzen dafür die europäischen Impulse für die Weiterqualifizierung von Politik und Praxis in den Themenbereichen Partizipation, Übergänge und Anerkennung nichtformaler Bildung. Innerhalb von „Erasmus+" ist „Jugend in Aktion" das Förderprogramm für alle jungen Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung. Aus diesem Förderprogramm (Jugendkapitel) werden in den drei Aktionslinien Lernmobilität von Einzelpersonen, Förderung von Innovation und Unterstützung politischer Reformen verschiedene Maßnahmen

wie der Europäische Freiwilligendienst, Strategische Partnerschaften oder der Strukturierte Dialog gefördert. Im Zeitraum 2014 - 2020 wird das Jugendkapitel mit ca. 1,5 Mrd. Euro ausgestattet. Der deutsche Ansprechpartner für das EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ ist die vom BMFSFJ ko-finanzierte Nationale Agentur JUGEND für Europa. Informationen zum Jugendkapitel „Erasmus+“ finden sich auf der Website

www.jugend-in-aktion.de

Der vom Auswärtigen Amt in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission 2009 ins Leben gerufene Freiwilligendienst „kulturweit“ ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 26 Jahren ein Freiwilliges Soziales Jahr im Dienst der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Seit 2009 konnten über 2.300 junge Menschen an dem Programm teilnehmen. 2015 sind 385 Freiwillige mit „kulturweit“ ins Ausland gegangen. Ehemalige „kulturweit“-Freiwillige engagieren sich nach Rückkehr auch im Inland. Sie gründeten einen Alumni-Verein „kulturweiter“, der sich am 30. Januar 2015 vor rund 100 Gästen im Auswärtigen Amt in Anwesenheit von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer vorstellte. Im Rahmen des Vereins entwickeln ehemalige Freiwillige Projekte zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen wie Nachhaltigkeit, UNESCO-Welterbe oder der Situation Geflüchteter in Deutschland. „kulturweit“ beteiligte sich auch an den Bürgerdialogen der Bundesregierung im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland“.

Begabte Deutschlerner im Alter von 16 bis 17 Jahren und aus weltweit 91 Staaten lädt der Pädagogische Austauschdienst PAD jedes Jahr zu einem vierwöchigen Aufenthalt in Gastfamilien mit Schulbesuch und landeskundlichen Exkursionen ein. So kurz das Programm ist, so nachhaltig wirkt es. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bleiben später in ihrem Berufsleben mit Deutschland in Kontakt. Dies zeigen Mails, die den PAD immer wieder erreichen. *„Das Stipendienprogramm hat mein Leben beeinflusst“, sagt Tarek Abdou (Jahrgang 1966) aus Ägypten. 1983 war er als Jugendlicher vier Wochen unter anderem in Nürnberg. Mit den Kindern seiner Gastfamilie besuchte er dort den Unterricht. Später studierte er Chemie in Kairo – und kam weiterhin regelmäßig zu Sommerkursen nach Deutschland. Nach seinem Examen und Berufsstationen unter anderem bei einem Chemiekonzern leitet er heute die deutsche Niederlassung eines renommierten Herstellers von Kunststoffverpackungen in Ägypten. „Die Basis dazu hat das Stipendienprogramm gelegt“, so Tarek Abdou. Ähnliches berichtet auch Balász Ferkelt (Jahrgang 1967). 1984 war der sprachbegabte Ungar in Deutschland. „Geschlafen haben wir damals nicht viel“, bekennt der ehemalige Preisträger, der nach Wirtschaftsstudium und Promotion heute Prorektor der Wirtschaftshochschule Budapest ist. Auf internationale Austauschprogramme für seine Studentinnen und Studenten legt er großen Wert. Zu mehr als 200 Universitäten in 46 Staaten unterhält die Hochschule Kontakt. Deutschland jedoch, einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Ungarns, ist Ferkelt besonders verbunden geblieben. Jedes Jahr organisiert er eine deutsch-ungarische Konferenz über aktuelle europäische Fragen.*

Schwerpunkte des Jugendaustauschs

Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Im Berichtszeitraum förderte das DFJW fast 9.000 Austauschprogramme, an denen insgesamt rund 200.000 junge Menschen teilnahmen. Das DFJW setzte seinen Ansatz fort, neue Zielgruppen anzusprechen, die bisher noch keine Austauscherfahrung erworben haben, wie zum Beispiel junge Menschen aus der beruflichen Bildung oder aus bildungsfernen Familien. Zunehmend will es auch dem Kompetenzverlust von Sprache, Kultur und Kenntnis über das Nachbarland bei künftigen jungen Entscheidungsträgerinnen und -trägern entgegentreten. Beim sogenannten „Entdeckungstag“ konnten Schülerinnen und Schüler Ministerien, Unternehmen und Organisationen besuchen und erleben, welche Chancen ihnen die Sprache und das Land der Nachbarn für ihr künftiges Berufsleben bieten. Mit der Übernahme der Projektkoordination für „mobiklasse.de (ehemals „Deutschmobil“) und „Francemobil“ leistet das DFJW einen wichtigen Beitrag, um das gegenseitige Interesse für Sprache, Kultur und Kenntnis des Partnerlandes wachzuhalten bzw. neu zu entdecken.

www.dfjw.org

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Das DPJW förderte 2015 rund 3.000 Projekte mit etwa 110.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Neben der Förderung deutsch-polnischer Jugendbegegnungen stand der aktuelle Themenschwerpunkt „Berufliche Perspektiven“ im Zentrum der Arbeit. Der Deutsch-Polnische Jugendpreis „changes/chances@work“, bei dem

sich 20 Projekte rund um die berufliche Orientierung junger Menschen und ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Finalrunde qualifiziert haben, bildete den Auftakt für den Themenschwerpunkt. Darüber hinaus erarbeitete das DPJW einen Kurzfilm, der Lust darauf machen soll, Berufsprojekte zwischen beiden Ländern zu initiieren. An einem Runden Tisch hat das Jugendwerk Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktiker versammelt, um über Voraussetzungen und Qualitätsstandards für erfolgreiche Berufspraktika im Nachbarland zu diskutieren. Während eines deutsch-polnischen Jugendforums zum berufsorientierten Austausch und während einer Fortbildung zur Entwicklung von Soft Skills konnten sich Organisatorinnen und Organisatoren von Austauschprojekten praxisnah informieren, wie ein berufsorientierter Austausch zwischen jungen Deutschen und Polinnen und Polen erfolgreich umgesetzt werden kann. Mit Blick auf die aktuellen politischen Ereignisse in der Ukraine förderte das DPJW darüber hinaus rund 100 deutsch-polnisch-ukrainische Jugendprojekte, die zu einem großen Teil vom Auswärtigen Amt unterstützt wurden.

www.dpjw.org

Deutsch-Griechisches Jugendwerk

Die Einrichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks (DGJW) bleibt ein wichtiges politisches Anliegen der Bundesregierung und ein wesentlicher Beitrag zur deutsch-griechischen Verständigung, der sich gegen das Vergessen ausspricht, aber gleichzeitig der Zukunft zuwendet und somit auch ein symbolischer Beitrag zur Aussöhnung ist. Anknüpfend an die im September 2014 von Bundesministerin Manuela Schwesig und dem damaligen griechischen Botschafter Zografos unterzeichnete gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zur Errichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerkes, hat die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Caren Marks, am 3. Juni 2015 in Athen mit dem seinerzeit zuständigen Kultur- und Bildungsminister Baltas bekräftigt, die Errichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks gemeinsam voranzubringen und die Verhandlungen zeitnah abzuschließen. Um bereits vor der Errichtung des Jugendwerks den Austausch von deutschen und griechischen Jugendlichen zu intensivieren und so die Jugend beider Länder beim Aufbau des Jugendwerkes „mitzunehmen" und ihr Engagement und ihren Enthusiasmus zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Jahr 2015 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) Sondermittel in Höhe von 325.000 Euro zur Förderung des deutsch-griechischen Jugendaustausches zur Verfügung gestellt. Es konnten damit u. a. zusätzlich ca. 30 außerschulische deutsch-griechische Jugendbegegnungen und Vernetzungstreffen der Akteure der Jugendarbeit in Deutschland und Griechenland durch thematische Fachtage, Jugendtreffen und Delegationsreisen, realisiert werden. (siehe auch www.agorayouth.com).

Deutsch-Britischer Jugendaustausch

„UK-German-Connection" (UKGC) wurde 2005 auf Initiative von Bundespräsident Köhler und Königin Elizabeth II etabliert und hat sich in den letzten zehn Jahren trotz seiner informellen Struktur zu einer äußerst erfolgreichen und effizienten zentralen bilateralen Koordinierungsstelle für deutsch-britische Begegnungen im Schul- und Jugendbereich entwickelt.

Deutschland ist das bisher erste und einzige Land Europas, mit dem Großbritannien ein Jugendaustauschbüro unterhält. Gerade im Kontext der im Berichtszeitraum stattfindenden „Brexit"-Diskussion hat eine solche bilaterale Regierungsinitiative große kultur- und bildungspolitische Bedeutung.

UKGC setzte 2015 seine erfolgreiche Arbeit in bisherigen Schlüsselbereichen fort: Diese umfassen thematische Austauschprojekte, bilaterale Jugendbotschafternetzwerke und Begegnungsprogramme für Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und Lehrerinnen und Lehrer sowie Schul- und Jugendpartnerschaften (Beratungsservice).

Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Dialog zwischen deutschen und britischen Jugendlichen (Jugenddialog) zu aktuellen bildungs- und gesellschaftsrelevanten Themen (u. a. Migration, Gedenken an den Ersten Weltkrieg), auf Peer-to-Peer-Lernen, auf Multiplikatorentätigkeiten aller Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer und auf der Rolle von UKGC-Alumni in der Zukunft.

Aus Anlass des Staatsbesuchs von Königin Elizabeth II in Berlin 2015 wurde UKGC mit einer Gruppe von Alumni in das Programm für Prinz Philip einbezogen.

www.ukgermanconnection.org

Deutsch-Türkischer Jugendaustausch

Auf Grundlage der bereits seit 1994 bestehenden Ressortvereinbarung über jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei fanden im Berichtszeitraum fachpolitische Konsultationen beider Jugendministerien statt. Erstmalig hat die von der Stiftung Mercator getragene Initiative der „Deutsch-Türkischen Jugendbrücke gGmbH“ an diesen Konsultationen teilgenommen, die sich zum Ziel gesetzt hat, den deutsch-türkischen Schüler- und Jugendaustausch zu intensivieren. Neben einer Partnerbörse wurde u. a. auch ein Austausch von Fachkräften in der Flüchtlingsarbeit vereinbart. Jährlich nehmen rund 3.000 Jugendliche an Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogrammen teil, die durch Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes oder des EU-Programms „Erasmus+: Jugend in Aktion“ gefördert werden. Die Aktivitäten der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke erreichten im Jahr 2015 1.700 Teilnehmende.

Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch

Das Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch Tandem hat im Jahr 2015 den inhaltlichen Schwerpunkt „Gesundes Aufwachsen“ weiter bearbeitet. In einem Fachforum wurden verschiedene Aspekte von Bewegung, Ernährung und sozialen Bedingungen des Aufwachsens in einer deutsch-tschechischen Perspektive diskutiert. Auch das Sonderförderprogramm „YOLO - mach was draus“ wurde fortgeführt. Das Programm „Freiwillige Berufliche Praktika“ konnte sein 15-jähriges Jubiläum feiern. Zusammengerechnet waren es mehr als 14.369 Praktikumswochen, die junge Menschen aus Deutschland oder der Tschechischen Republik im jeweiligen Nachbarland verbracht haben. Politische Bildung wurde auch im Jahr 2015 groß geschrieben. In Kooperation mit Gedenkstätten aus beiden Ländern gab Tandem einen Material- und Methodenband heraus, der Jugendgruppen und Schulklassen aus beiden Ländern beim Besuch von (KZ-) Gedenkstätten unterstützen soll.

www.tandem-org.de

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Am deutsch-israelischen Jugendaustausch nahmen im Berichtszeitraum rund 7.000 Jugendliche in 310 Austauschprogrammen teil, wofür 2,31 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stehen. Die Deutsch-Israelische Jugendkonferenz, die mit rund 250 jungen Menschen beider Länder in Deutschland und Israel stattfand, bildete den eigenständigen Beitrag des Jugendaustausches zum 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und dem 60. Jubiläum des deutsch-israelischen Jugendaustauschs (www.exchange-vision.de). Der Jugendkongress wurde vom Staatspräsidenten Israels und dem Bundespräsidenten am 11. Mai 2015 in Berlin besucht und gewürdigt.

www.conact-org.de

Deutsch-Russischer Jugendaustausch

Die „Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH“, die die Bundesregierung jährlich mit 2 Mio. Euro unterstützt, konnte im Berichtszeitraum mehr als 260 außerschulische sowie mehr als 345 schulische Begegnungen fördern. In Kooperation mit dem „Russischen Koordinierungsbüro für den Jugendaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland“ eröffnete die Stiftung mit einer gemeinsamen Konferenz in Moskau am 6. Juni 2015 die Themenjahre „70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs: Jugendaustausch – Verständigung – gemeinsame Zukunft“, die in Berlin im Oktober 2016 beendet werden. Ziel ist es, die Akteure des Austausches zu ermutigen, historische Themen bei ihren Veranstaltungen aufzugreifen, das Wissen über den Zweiten Weltkrieg bei der jungen Generation zu verbessern und Methoden einer gemeinsamen Erinnerungsarbeit zu entwickeln. Die Bedeutung des deutsch-russischen Jugendaustausches in der aktuellen politischen Situation wird dadurch unterstrichen, dass die Themenjahre unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, und dem Minister für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation, Dmitrij Liwanow, stattfinden (http://www.stiftung-drja.de/de/ microsites/themenjahre.html).

www.stiftung-drja.de

Für 2016/17 planen Deutschland und Russland ein Deutsch-Russisches Jahr des Jugendaustauschs. Es soll im Juni 2016 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch und seines russischen Pendants beginnen. Ziel des Jahres ist es, die vielfältigen Möglichkeiten im deutsch-russischen Jugendaustausch weiter zu fördern und noch bekannter zu machen. Damit wollen beide Regierungen gerade in der jetzigen politischen Situation Jugendliche ermutigen, einander besser kennenzulernen, Stereotype zu überwinden und den Dialog zu festigen.

Internationale Sportförderung

Auch das Thema Sport spielte im Berichtszeitraum erneut eine herausgehobene Rolle. Die Internationale Sportförderung trägt zur Völkerverständigung bei, weckt Sympathien für Deutschland, hilft Vorurteile abzubauen, Minderheiten zu integrieren und Werte zu vermitteln. Die „Sprache" des Sports wird weltweit verstanden und gesprochen.

Besonderen Wert legte das Auswärtige Amt bei den von ihm geförderten Sportprojekten im Berichtszeitraum auf Nachhaltigkeit, eigenverantwortliche Umsetzung und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Den Bedürfnissen, Strukturen und Kapazitäten der jeweiligen Partnerseite wurde dabei Rechnung getragen. Die in Langzeitprojekten (Dauer zwei bis vier Jahre) befindlichen entsandten Sportexperten in Burundi (Fußball), Guatemala (Leichtathletik), Honduras (Fußball), Namibia (Fußball), Sambia (Leichtathletik) und Philippinen (Fußball) wirkten besonders eng mit in den jeweiligen Verbandsstrukturen der Partnerseite.

Im Berichtszeitraum wurden erneut auch Sportexperten für ca. 30 Kurzzeitprojekte (Dauer bis zu sechs Wochen) nach Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa entsandt, um Sportverbände zu beraten und Sportakteure weiterzubilden sowie sportartübergreifende Themen und moderne Trainingsmethoden zu vermitteln.

Zudem hat das Auswärtige Amt die seit Jahrzehnten etablierte Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Fußballbund, dem Deutschen Leichtathletikverband und den sportwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Leipzig und Mainz sowie mit der DFB-Schule Hennef fortgesetzt und erneut Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den internationalen, zertifizierten Trainerlehrgängen nach Deutschland eingeladen. Die Absolventinnen und Absolventen dieser Kurse sind qualifizierte Sportakteure in teilweise herausgehobenen Funktionen in den Sportverbänden ihrer Heimatländer und wichtige Multiplikatoren der Internationalen Sportförderung.

Insbesondere durch intensive Alumniarbeit konnten Netzwerke aufgebaut und eine langfristige Verbundenheit zur Trainerschule und zu Deutschland vermittelt werden. Diesem Zweck dienten z. B. die vom Auswärtigen Amt im Jahr 2015 geförderten Alumni-Camps der Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig in Armenien, Uganda und Marokko mit ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Internationalen Trainerkurse.

Für Menschen mit Behinderungen stellt Sport häufig eine der wenigen Möglichkeiten dar, aus der in vielen Ländern vorhandenen gesellschaftlichen Marginalisierung zu entkommen. Die Förderung und Durchführung von Behindertensportprojekten stehen im besonderen Fokus der Internationalen Sportförderung des Auswärtigen Amts. Den Projekten stehen aber auch Herausforderungen entgegen, da häufig nur schwache Strukturen auf Partnerseite vorhanden und entsprechende technische Sportgeräte nur aufwändig zu beschaffen sind. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, organisiertem Sport und der Wirtschaft ist beim Behindertensport besonders geeignet, sinnvolle internationale Kooperationprojekte zu realisieren. Ein Beispiel dafür sind die „Running clinics" des deutschen Unternehmens Otto Bock Health Care aus Duderstadt. Bei seinem Besuch in Kuba im Juli 2015 hat Außenminister Steinmeier gemeinsam mit dem deutschen Spitzensportler Heinrich Popow die „Running Clinic" in Havanna besucht, in der sich kubanische Sportlerinnen und Sportler auf die Paralympischen Spiele in Brasilien vorbereiten.

Als Partner der Initiative „Deutscher Fußball Botschafter" ehrte das Auswärtige Amt deutsche Spielerinnen und Spieler und Trainerinnen und Trainer, die sich in besonderer Weise für den guten Ruf Deutschlands im Ausland mittels Fußballs eingesetzt hatten. 2015 wurde u. a. der Fußballtrainer Jürgen Klinsmann für sein internationales Engagement für den Fußball gewürdigt.

Exkurs: Makkabiade

Die Makkabiade für alle jüdischen Sportler weltweit wird alle vier Jahre in Israel ausgetragen, erstmals 1932 in Tel Aviv. Zeitversetzt um zwei Jahre finden die European Maccabi Games (EMG) ebenfalls alle vier Jahre in europäischen Städten statt. Die Europäischen Maccabi Spiele fanden 2015 mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern und unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Gauck erstmals in Berlin statt. Die EMG 2015 hatte eine integrierende Wirkung in die deutsche Gesellschaft hinein. Auch hier war der Sport mit seinem großen Potenzial zur sozialen Integration sehr geeignet.

Darüber hinaus fördert auch das BMZ im entwicklungspolitischen Bereich seit fast 30 Jahren Sportprojekte, legt zunehmend einen Schwerpunkt auf die systematische Integration von Sport in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen relevanter Entwicklungsziele wie zum Beispiel den Sustainable Development Goals. Mit dem DFB und zum Teil auch mit dem DOSB ist das BMZ derzeit in Afghanistan, Brasilien, Kolumbien, Mosambik, Namibia, Palästina und Jordanien aktiv. In den Pilotvorhaben wird Sport vor allem genutzt, um Bildung und Berufsbildung, Gesundheit und HIV/AIDS-Prävention sowie Konfliktprävention und Friedensentwicklung zu fördern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Teilhabe von Mädchen sowie auf der positiven Wirkung von Sport gerade auf Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen wie Armut, Gewalt, Vertreibung und Krieg leben müssen. Auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im und durch den Sport steht im Fokus. Ein vom BMZ gefördertes Kooperationsprojekt zwischen Goethe-Institut und GIZ wird in Brasilien verschiedene künstlerische Aktionen im Umfeld der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro unterstützen.

Mit der von Bundesminister Dr. Gerd Müller Anfang 2014 ins Leben gerufenen Initiative „Mehr Platz für Sport – 1.000 Chancen für Afrika“ wurde eine breite Allianz von Partnern aus Sport, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geschaffen. Diese baut bzw. rehabilitiert nicht nur Sportplätze an Schulen oder in Armutsgebieten, sondern entwickelt darüber hinaus auch nachhaltige Konzepte für die Nutzung der Infrastruktur und verschafft der entwicklungspolitischen Bedeutung von Sport damit mehr Raum. Die Initiative sieht einen Mix aus hochwertigen Sportplätzen, Ausstattung und begleitenden Aktivitäten vor, mit denen vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche erreicht werden sollen. Mit Akteuren aus Sport und Zivilgesellschaft setzt das BMZ die Initiative derzeit schon in den vier Kernländern Äthiopien, Kenia, Namibia und Togo um. Weitere Länder und Partner werden über Einzelmaßnahmen beteiligt. Ab Ende 2015 wurde das Programm in den Kernländern stark ausgeweitet.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) fördert zur Stärkung des Ansehens der Sportnation Deutschland ebenfalls internationale Sportprojekte. Im Berichtszeitraum veranstaltete das BMI gemeinsam mit dem israelischen Ministerium für Kultur und Sport im Jubiläumsjahr der vor 50 Jahren aufgenommenen diplomatischen Beziehungen ein bilaterales sportpolitisches Symposium mit dem Titel „Opportunities and Challenges in Sport“.

Darüber hinaus fand im November 2015 in Shenzen/China auf der Grundlage einer gemeinsamen Absichtserklärung aus dem Jahre 2008 und anknüpfend an die bisherigen Konferenzen – zuletzt im Jahr 2014 in Berchtesgaden – ein weiteres deutsch-chinesisches Sport-Symposium statt. Themenschwerpunkte dieses mehr fachpraxisorientierten Symposiums waren die Sportarten Reiten, Fechten und Segeln.

Des Weiteren förderte das BMI im Berichtszeitraum mehrere gesellschaftspolitische Sportprojekte. Zum einen ein Praxisseminar zu „Sport und Bewegung in (Post-)Konfliktgebieten / Community and Crisis – Inclusive Development through Sport“, zur Förderung von psychosozialen Sport- und Bewegungsprogrammen in Krisengebieten und sozial benachteiligten Milieus. Darüber hinaus unterstützte das BMI die Durchführung des Internationalen Frauen-Fußball-Kultur-Festivals „Discover Football“ (Berlin, Juli 2015) sowie der „Coach-the-Coaches-Konferenz“ (internationale Konferenz für Trainerinnen; Berlin, Dezember 2015) und setzte so sein bisheriges Engagement zur Förderung des Frauen- und Mädchenfußballs fort. Bei beiden Veranstaltungen handelte es sich um Projekte des Berliner Vereins „Fußball und Begegnung e. V“. Zudem ermöglichte das BMI die Durchführung der internationalen Fachtagung „Sport und Entwicklung“ (Ostfildern, Juli 2015) des Vereins „KICKFAIR e. V.“, in deren Rahmen sich der internationale Teilnehmerkreis unter anderem mit dem Thema „Straßenfußball und Kinderrechte“ auseinandersetzte und verschiedene Workshops hierzu durchführte.

3. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Ein besonderer Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik lag im Berichtszeitraum auf der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

a) Förderung der Zivilgesellschaft – Östliche Partnerschaft

Der Deutsche Bundestag hat den 2014 neu geschaffenen Haushaltstitel „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft" für das Jahr 2015 auf 14 Mio. Euro erhöht. Zu den bisherigen vier Zielländern Ukraine, Belarus, Georgien und Moldau sind 2015 Armenien und Aserbaidschan hinzugekommen, so dass Projekte in allen sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft gefördert werden konnten. Die Resonanz aus der Zivilgesellschaft war beeindruckend. Insgesamt gingen über 800 Projektideen mit einem beantragten Fördervolumen von mehr als 65 Mio. Euro ein. Die hohe Zahl an Projektideen, die die Akteure der Zivilgesellschaft an das Auswärtige Amt herangetragen haben, zeigten das große Potenzial und die starken Netzwerke, die die deutsche Zivilgesellschaft mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft verbindet.

Ziel des Programms bleibt es, durch zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit Pluralismus zu stärken, Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vermitteln, Dialog und Verständigung zu fördern und vor allem jungen Menschen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive zu geben, damit sie am Aufbau einer offenen, integrativen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft in ihren Heimatländern mitwirken können. Das Programm greift damit die Idee auf, die Ralf Dahrendorf vor vielen Jahren als „Außenpolitik der Gesellschaften" bezeichnet hat.

Insgesamt haben zivilgesellschaftliche Akteure im Jahr 2015 aus Mitteln des Programms 216 Einzelmaßnahmen umsetzen können. Sie reichen vom deutsch-ukrainischen Jugendaustauschprogramm „Meet up!" der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" und der Robert Bosch Stiftung über Jugendforen der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen des Deutschen Volkshochschul-Verbands International für junge Blogger. Tausende insbesondere junge Menschen von Batumi bis Lemberg und von Chişinău bis Charkiw haben die soziale Kraft der Kultur genutzt, gemeinsam mit ihren deutschen Partnern Brücken zu schlagen und sich den gesellschaftlichen Themen Osteuropas zu stellen: den Traumata bei denjenigen, die aus einer konfliktreichen Vergangenheit kommen, und den Träumen von denjenigen, die Annäherung an Lebensstandards westlicher Länder, Freiheit und Demokratie suchen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb über das 2015 mit Unterstützung der Peter-Weiss-Stiftung für Kunst in Politik aus Mitteln des Programms ins Leben gerufene Internationale Literaturfestival Odessa: „Das internationale Literaturfestival, das der Berliner Kulturmanager Ulrich Schreiber und sein Schweizer Kollege Hans Ruprecht, unterstützt durchs Auswärtige Amt, in Odessa erstmals organisierten, wird die Ukraine verändern."[7] Ab 2016 können über die Länder der Östlichen Partnerschaft hinaus auch Maßnahmen mit der russischen Zivilgesellschaft gefördert werden.

Die Deutsche Welle unterstützt unabhängige Medien in den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Sie hat neue Nachrichtensendungen in russischer und ukrainischer Sprache gestartet, die über Partnersender und im Internet zu empfangen sind. Sie informieren über Entwicklungen und Einschätzungen in Deutschland und Europa sowie insbesondere in den Zielgebieten. Mit ihrer Berichterstattung in der Region leistet sie einen entscheidenden Beitrag dafür, dass sich Menschen, unabhängig und objektiv über die Geschehnisse in der Welt informieren können. Sie stärkt damit auch die Zivilgesellschaften. Darüber hinaus unterstützt die Deutsche Welle Akademie aus Mitteln des Auswärtigen Amts seit 2014 die Umwandlung des staatlichen ukrainischen Fernsehens in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, um den Pluralismus im Land zu stärken.

b) „Auf dem Weg zu einer Außenpolitik der Gesellschaften" – der strategische Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten Stiftungen

Am 30. November 2015 gab Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im Rahmen der vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung, der Bertelsmann Stiftung, der TUI Stiftung und der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa ausgerichteten Konferenz „Auf dem Weg zu einer Außenpolitik der Gesellschaften – der strategische Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und Stiftungen" in Berlin den

---

[7] Kerstin Holm, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.10.2015, Seite 13.

Startschuss für eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten deutschen Stiftungen und knüpfte damit an die Ergebnisse des Projekts Review 2014 an.

Rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft diskutierten in insgesamt sieben Panels über die Rolle von Stiftungen bei internationalen Fragen und loteten die Möglichkeiten und Potentiale einer strategischen Kooperation zwischen Auswärtigem Amt und privaten Stiftungen aus. Dabei wurde deutlich, dass die Einbindung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland mit ihren Interessen, Expertisen und Potentialen für außenpolitische Dialog-, Entscheidungs- und Handlungsprozesse in einer Zeit weltweit rasant wachsender Interkonnektivität immer wichtiger wird. Private gemeinnützige Stiftungen wurden dabei als zentrale Akteure und wichtige Partner für staatliches Handeln identifiziert, da sie in besonderer Weise die im politischen und vorpolitischen Raum engagierte Bürgergesellschaft verkörpern.

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier betonte in seiner Rede, dass es derzeit in vielen Teilen der Welt Gegenbewegungen zu der Idee einer „Außenpolitik der Gesellschaften“ gebe. In vielen Ländern werde der Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen mehr und mehr beschnitten. Angesichts des zunehmenden Verlusts internationaler Ordnung sei eine starke Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft besonders wichtig. In einer Welt, die von einer Vielzahl grenzüberschreitender Krisen erschüttert wird, können international arbeitende Stiftungen mit ihren Netzwerken und ihrer Expertise eine wichtige Rolle in der Debatte über eine friedliche Weltordnung spielen.

Die Konferenz griff konkrete Beispiele öffentlich-privater Partnerschaften auf, um daraus Lehren für die zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen des strategischen Dialogs zu ziehen.

c) Gesellschaftliche Vielfalt Deutschlands als Teil der Auslandskommunikation

Einwanderung nach Deutschland hat eine lange Tradition, die heute die gesellschaftliche Wirklichkeit sehr stark prägt. Die gegenwärtigen Migrationsströme nach Deutschland rücken den Aspekt der gesellschaftlichen Integration, des Miteinanders und des individuellen Heimatbegriffes in den Fokus. Das Auswärtige Amt hat deshalb im Laufe des Jahres 2015 einen Dialog mit den „Neuen Deutschen Organisationen“ initiiert, um gemeinsam Wege zu erarbeiten, die den Aspekt der gesellschaftlichen Vielfalt und Integrationsprojekte auch in der Auslandskommunikation verankern und so die gesellschaftlichen Realitäten umfassend widerspiegeln.

d) Transformationspartnerschaften für den demokratischen Wandel und europäisch-islamischer Kulturdialog

Seit 2012 unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der Transformationspartnerschaften die gesellschaftlichen Bemühungen für demokratischen Wandel in Nordafrika und im Nahen Osten. Erklärtes Ziel ist die Unterstützung einer aktiven und verantwortlichen Zivilgesellschaft, die sich in ihrer ganzen Breite am Übergangsprozess beteiligen kann. In den Haushaltsjahren 2012 bis 2015 standen jeweils 20 Mio. Euro für Stipendien, Bildungs-, Medien- und Kulturarbeit zur Verfügung, außerdem jeweils 30 Mio. Euro für Maßnahmen im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Schwerpunkte waren dabei Projekte aus den Bereichen Hochschulzusammenarbeit, Wissenschaftskooperation, berufliche Bildung, Journalistenqualifizierung, Jugendaustausch, Mobilität und Vernetzung. Ein Beispiel für die Wirkungskraft der geförderten Projekte ist das von der Deutschen Welle zum Teil mit arabischen Partnersendern produzierte Talk-Format „Shababtalk“, das zu den erfolgreichsten Fernsehsendungen im arabischen Raum gehört. „Shabab“ heißt auf Arabisch Jugend. Die interaktive Sendung erreicht allein in den arabischen Ländern wöchentlich mehrere Millionen Zuschauer. Sie verleiht der jungen arabischen Generation eine Stimme - auch zu gesellschaftskritischen, kontroversen Themen. Beim Festival der „Arab State Broadcasting Union“ (ASBU) im Mai 2015 in Tunesien wurde Shababtalk als beste Talkshow ausgezeichnet.

Die Gestaltung von Prozessen der interkulturellen Auseinandersetzung mit Fragen von Identität und Wertvorstellungen ist Gegenstand des vom Auswärtigen Amt geförderten europäisch-islamischen Kulturdialogs. Zu den Schwerpunkten gehören Medienprojekte wie das dreisprachige Dialogportal www.qantara.de auf Deutsch, Englisch und Arabisch oder der DAAD-Hochschuldialog mit der islamischen Welt. Das vom ifa durchgeführte Austauschprogramm „CrossCulture Praktika“ zwischen Deutschland und Ländern Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Zentral- und Südostasiens feierte 2015 sein zehnjähriges Bestehen: Die Vermittlung maßgeschneiderter Praktika ermöglicht jungen Berufstätigen und ehrenamtlich Engagierten, Arbeitsleben und Alltag im jeweils anderen Kulturkreis kennenzulernen und die Wertschätzung kultureller Vielfalt in breite Schichten der Zivilgesellschaft zu tragen.

e) Förderung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der UdSSR

Die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zählen über eine Million Angehörige. Die Förderung der deutschen Minderheiten in 23 Ländern geschieht im Bewusstsein der Folgen des Zweiten Weltkriegs und ist Ausdruck einer besonderen historischen Mitverantwortung für das Schicksal dieser Menschen, die bis zum Ende des Kalten Krieges daran gehindert waren, ein eigenständiges kulturelles Leben zu entfalten.

Gerade in Krisenzeiten können die deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern Brücken zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur bauen und sind daher ein wichtiges Element der bilateralen Beziehungen Deutschlands mit diesen Staaten. Darüber hinaus tragen die länderübergreifenden Partnerschaften und Netzwerke der deutschen Minderheiten zu interkulturellem Dialog bei.

Es ist der Bundesregierung ein besonderes Anliegen, die deutschen Minderheiten vor Ort zu unterstützen, sie in ihrer Identität zu stärken und den Erhalt historisch gewachsenen kulturellen Erbes zu sichern. Dabei sind besonders wichtige Zielgruppen Jugendliche und junge Erwachsene, die die Zukunft der Minderheiten vor Ort sichern. Die Bundesregierung fördert die autochthonen deutschen Minderheiten aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Inneren und des Auswärtigen Amts. Während das Bundesministerium des Inneren in erster Linie gemeinschaftsfördernde, identitäts- und verbandsstärkende, humanitär-soziale sowie wirtschaftliche Maßnahmen unterstützt, liegt der Schwerpunkt der Förderung des Auswärtigen Amts auf kulturellen, sprach- und bildungspolitischen Vorhaben. So eröffneten Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis im März 2015 die Ausstellung „Die deutsche Minderheit in Rumänien – Geschichte und Gegenwart im vereinten Europa" in Hermannstadt / Rumänien. Ziel des Projektes war es, die Geschichte der Minderheit in Form einer Wanderausstellung in Rumänien und Deutschland in moderner Form zu präsentieren, und damit die kulturelle Dimension der deutschen Minderheit in Rumänien darzustellen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert darüber hinaus im Rahmen des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes Maßnahmen, die der Bewahrung, Erforschung und Vermittlung des kulturellen Erbes der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete im östlichen Europa dienen, darunter auch Einzelvorhaben des Denkmalerhalts.

f) Working Holiday Programm des Auswärtigen Amts

Über 36.000 junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren sammelten 2015 wertvolle Welt- und Arbeitserfahrungen mit dem Working Holiday-Programm (WHP). Während des maximal einjährigen Aufenthalts können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ferienjobs ausüben sowie Aus- und Fortbildungskurse belegen, um Sprachkenntnisse zu erwerben und die Kultur und das Alltagsleben im Gastland kennenzulernen. WHPs sind auf Gegenseitigkeit angelegt und bestehen mit Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea, Hongkong, Taiwan, Chile und Kanada (Youth Mobility bzw. Experience Canada Programm). 2015 wurde ein WHP mit Brasilien unterzeichnet, das noch nicht in Kraft getreten ist. Mit Peru und Mexiko wurden 2015 erste WHP-Verhandlungen aufgenommen. Das WHP mit Israel wurde Ende Januar 2016 wirksam.

4. Das Deutschlandbild im Ausland

Das aktuelle Deutschlandbild im Ausland prägt vielfältige Entscheidungen von im Ausland lebenden Menschen, beispielsweise ob man die deutsche Sprache lernen, Deutschland bereisen, dort studieren oder investieren will. Deutschland gilt international als stabiles, vertrauenswürdiges und zukunftsfähiges Land mit hoher Lebensqualität. Regierungsführung und Wirtschaftsleistung werden als vorbildlich angesehen, Deutschland wird ein positiver Einfluss auf die internationalen Beziehungen zugeschrieben. Die Kenntnisse über Deutschland variieren jedoch von Land zu Land, die lokalen Medien wenden sich oft nur punktuellen Aspekten zu. Die Deutsche Welle als Auslandsrundfunksender der Bundesrepublik hat die Aufgabe, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. Die Angebote der DW sollen deutsche und andere Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern.

Das Auswärtige Amt und die Auslandsvertretungen präsentieren aktuelle Deutschlandthemen und werben für ein modernes und realistisches Deutschlandbild im Ausland. Dabei nutzen sie eine Vielfalt von Informationsplattformen und Medien, wie z. B. die medienübergreifenden Produkte von deutschland.de. Die Website www.deutschland.de bietet in neun Sprachfassungen Themen des Tages, Hintergrundinformationen und Mei-

nungsseiten wie den blog.deutschland. Mehr als 325.000 Menschen folgen dem Facebook-Auftritt. Jüngere finden auf www.young-germany.de spannende Informationen über Themen aus Wissenschaft, Politik, Bildung und Kultur.

Die Vermittlung des Deutschlandbildes im Ausland orientiert sich an politischen Zielsetzungen und Schwerpunkten. Das Jubiläumsjahr „25 Jahre Deutsche Einheit“ wurde genutzt, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im heutigen Deutschland zu betonen und den deutschen Einsatz für Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und europäische Zukunft zu verdeutlichen.

Mit dem Willkommensportal „Make it in Germany“ werden internationale Fachkräfte über ihre Karrierechancen, Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland informiert. Das Portal ist Teil der Fachkräfte-Offensive von BMWi, BMAS und der Bundesanstalt für Arbeit, die dazu beiträgt, den Fachkräftebedarf in Deutschland zu sichern.

„Deutschlandjahre“ und „Deutsche Saisons“ sind mittlerweile etablierte Formate der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Förderung des Deutschlandbildes im Ausland. Schwerpunktregion war 2015 Südostasien, wo neben Vietnam und Singapur vor allem Indonesien im Fokus stand.

Mehr als 50.000 Menschen besuchten die Veranstaltungen der Deutschen Saison in Indonesien, die das Auswärtige Amt, das Goethe-Institut und die deutsch-indonesische Industrie- und Handelskammer EKONID unter dem Motto „Gemeinsam Richtung Zukunft“ organisiert hatten. Zeitgleich hatte Indonesien als erstes südostasiatisches Land die Gastlandrolle auf der Frankfurter Buchmesse inne. In ganz Indonesien bestand über drei Monate ein breitgefächertes Angebot an Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Ein besonderes Highlight stellte die Eröffnung in Jakarta dar, bei der der restaurierte Stummfilmklassiker „Metropolis“ von Fritz Lang begleitet vom Filmorchester Babelsberg zur Aufführung kam. Weitere Elemente der Deutschen Saison waren Koproduktionen des Rundfunkchors Berlin mit christlichen und muslimischen Chören, innovative Projekte zur Computerspiele-Industrie (Game Mixer), das Wissenschaftsfilmfestival und die Ausstellung „Deutschland als Erfinderland“. Die Zusammenarbeit mit Indonesien wurde so auch durch kommunikative Maßnahmen gestärkt.

Ein besonderes Deutschlandjahr war das Deutschlandjahr in Israel, das anlässlich des 50-jährigen Jubiläums diplomatischer Beziehungen durchgeführt wurde. Das Auswärtige Amt, das Goethe-Institut und die israelische Botschaft in Berlin konzipierten dazu ein breit angelegtes Veranstaltungsprogramm zur Würdigung der deutsch-israelischen Beziehungen und zum Austausch über die gemeinsame Zukunft. Ein gemeinsames Logo sowie eine deutsch-, hebräisch und englischsprachige Website (www.de50il.org) dienten der Erkennbarkeit und Sichtbarkeit. Das Goethe-Institut konzipierte zusätzlich ein eigenes Kulturprogramm. Highlights waren u.a. die Filmreihe „50/50/50“ (50 deutsche Filme aus 50 Jahren von 50 deutschen Regisseuren wurden über das Jahr hinweg in israelischen Kinematheken gezeigt) und die „Verschwindende Wand“ (als interaktive Installation lud eine aus mehr als 5.000 Holzblöcken mit deutschen Zitaten in hebräischer und arabischer Übersetzung bestehende „Wand“ alle Besucher dazu ein, die Zitate zu lesen und einen Holzblock mitzunehmen).

Erstmals vergaben die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Professor Monika Grütters und Israels Kulturministerin Miri Regev den Deutsch-Hebräische Übersetzerpreis in Berlin. Der Preis soll in Zukunft alle zwei Jahre vergeben werden.

Ergänzend dazu förderte das Auswärtige Amt eine Reihe von hochkarätigen Projekten, die anlässlich des Jubiläumsjahres ihren Weg nach Israel fanden: Die Ausstellung „Twilight over Berlin“ im Israel Museum Jerusalem zeigte 50 Meisterwerke aus der Neuen Nationalgalerie Berlin, das Projekt „Idan Raichel meets Andreas Scholl“ brachte den in Israel sehr populären Sänger Idan Raichel und den deutschen Countertenor Andreas Scholl mehrfach auf der Bühne zusammen, ein Gastspiel des Maxim Gorki Theaters zeigte das Stück „Common Ground“ der israelischen Regisseurin Yael Ronen im Cameri Theater von Tel Aviv und als musikalischer Abschluss reiste der Leipziger Thomanerchor gemeinsam mit dem Gewandhausorchester nach Israel, um in Tel Aviv, Jerusalem und Herzliya das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach aufzuführen.

Eigene inhaltliche Akzente in Deutschland setzte das Auswärtige Amt u. a. mit einer deutsch-israelischen Lese- und Gesprächsreihe, in deren Rahmen deutsche und israelische Schriftsteller, Regisseure und bildende Künstler gemeinsam mit Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier über grundlegende Themen der deutsch-israelischen Beziehungen wie z. B. Heimat und Identität diskutierten.

IV. Die Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der AKBP im Überblick

Goethe-Institut (GI)

Das 1951 gegründete GI ist die größte Mittlerorganisation innerhalb der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zu seinem weltweiten Netz gehören u. a. 160 Institute im In- und Ausland sowie hunderte anderer Präsenzformen im Ausland. Grundlage der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ist der Rahmenvertrag von 2004. Danach ist das Goethe-Institut mit der Förderung der deutschen Sprache im Ausland, mit der Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und der Vermittlung eines aktuellen und umfassenden Deutschlandbildes betraut. Diese Aufgaben führt das Goethe-Institut in eigener Verantwortung durch. www.goethe.de

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der DAAD ist eine Vereinigung der Hochschulen und Studierendenschaften in Deutschland zur Förderung der internationalen Wissenschafts- und Hochschulzusammenarbeit. Mitglieder sind derzeit 238 Hochschulen und 107 Studierendenschaften. Er fördert Studierende, Graduierte und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Der DAAD stärkt die Internationalisierung der Hochschulen, betreibt internationales Marketing für den Hochschul- und Forschungsstandort Deutschland, hilft Entwicklungsländern beim Aufbau leistungsstarker Hochschulen, fördert die deutsche Sprache im Ausland und führt die „Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit“, die die dezentralen Teile des „Erasmus+“-Programms betreut.

www.daad.de

Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH fördert langfristige Wissenschaftskooperationen zwischen exzellenten ausländischen und deutschen Forscherinnen und Forschern. Sie vergibt Stipendien und Preise, mit denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland nach Deutschland kommen, um ein Forschungsprojekt mit einem Kooperationspartner durchzuführen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland können als Stipendiaten ein Forschungsprojekt bei wissenschaftlichen Gastgebern im Ausland verwirklichen, die neben den weltweit etwa 27.000 „Humboldt-Alumni“ auch die Trägerinnen und Träger der wichtigsten internationalen Forschungspreise umfassen. Dem „Humboldt-Netzwerk“ des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs gehören Wissenschaftler/innen aus über 130 Ländern an – unter ihnen 52 Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger.

www.humboldt-foundation.de

Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR

Die DAFI ist ein weltweites Drittland- bzw. Surplace-Stipendienprogramm beim UNHCR für anerkannte Flüchtlinge zum Studium an einer Universität/Fachhochschule oder äquivalenter Institution. Das Programm besteht seit 1992 und hat inzwischen mehr als 6.000 Flüchtlingen ein Hochschulstudium ermöglicht. Das Auswärtige Amt unterstützte DAFI in den vergangenen Jahren mit rund 3,4 Mio. Euro jährlich. Hinzu kamen 2015 Sondermittel in Höhe von einer halben Mio. Euro für syrische Flüchtlinge, die vor allem in Libanon und der Türkei studieren.

www.unhcr.de/unhcr/dafi.html

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das ifa mit Sitz in Stuttgart ist der älteste deutsche Kulturmittler. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Kernaufgaben des ifa sind ferner der interkulturelle Dialog und zivile Konfliktbearbeitung. Das ifa wird vom Auswärtigen Amt, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gefördert.

www.ifa.de

Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA, eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts, ist seit 1968 im Auftrag des Auswärtigen Amtes für die schulische Arbeit im Ausland zuständig. Über 2.000 von der ZfA vermittelte Auslandsdienstlehrkräfte, Programmlehrkräfte und Fachberaterinnen und Fachberater arbeiteten im Berichtszeitraum im deutschen Auslandsschulwesen. Derzeit betreut die ZfA mit rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,55 Fachberaterinnen und Fachberatern sowie 15 Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleitern die deutsche Auslandsschularbeit.

www.auslandsschulwesen.de

Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (PAD)

Der PAD ist im Auftrag der Länder für den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit im Schulbereich tätig und bildet eine Abteilung im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Programme richten sich an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte sowie Schulen in Deutschland und im Ausland. Jährlich können so rund 35.000 Teilnehmende gefördert werden.

www.kmk-pad.org/

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB)

IJAB ist als Fachstelle für internationale Jugendarbeit im Auftrag der Bundesregierung, seiner Mitgliedsorganisationen und anderer Träger der Jugendarbeit tätig. Seine Aufgabe ist die Stärkung und Weiterentwicklung der internationalen Jugendarbeit und jugendpolitischen Zusammenarbeit – sowohl mit den Ländern Europas als auch weltweit.

www.ijab.de

Bei IJAB angesiedelt ist JUGEND für Europa, die nationale Agentur für das EU-Programm „Erasmus+“ „JUGEND IN AKTION“. www.jugendfuereuropa.de

Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)

Die DUK ist Deutschlands Mittlerorganisation für die Zusammenarbeit mit UNESCO in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und andere zuständige Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der UNESCO ergeben. Mit Hilfe fachlicher Expertise trägt sie dazu bei, die Stimme Deutschlands in der UNESCO zu stärken und gleichzeitig die Ziele und Projekte der UNESCO in der deutschen Politik zu tragen. Sie ist Teil des weltweiten Netzwerkes von 199 UNESCO-Nationalkommissionen.

www.unesco.de

Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das DAI ist eine 1829 gegründete Forschungsinstitution, die seit 1874 dem Auswärtigen Amt angegliedert ist. Es ist weltweit in über 300 Projekten tätig und trägt über seine zentralen Forschungsinfrastrukturen in Deutschland und im Ausland zur Internationalisierung im Bereich der Außenwissenschaftspolitik bei. Es fördert und beteiligt sich an internationalen Studiengängen und bildet in seinen Forschungsprojekten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, aber auch Handwerkerinnen und Handwerker und Restauratorinnen und Restauratoren weiter. Das DAI erarbeitet Ausstellungen weltweit und trägt durch zahlreiche Initiativen und Beratungsleistungen zum Erhalt des kulturellen Erbes und zur regionalen Wirtschaftsförderung über die touristische Erschließung archäologischer Stätten bei.

www.dainst.de

Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungszusammenarbeit (GOVET)

Das German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training (GOVET) wurde 2013 als ein wesentlicher Bestandteil der Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichtet. Als Zentralstelle der Bunderegierung für internationale Berufsbildungskooperation steht GOVET allen in- und ausländischen Akteuren der internatio-

nalen Berufsbildungszusammenarbeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Darüber hinaus ist es die Geschäftsstelle des Runden Tisches zur Berufsbildungszusammenarbeit und begleitet die bilateralen Berufsbildungskooperationen des BMBF. Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben Personal zu GOVET abgeordnet bzw. entsandt. GOVET stellt auch über die Internetseite www.govet.international Informationen und Arbeitsmaterialien für die Berufsbildungszusammenarbeit bereit.

International Marketing for Vocational Education – die Plattform für die privaten Bildungsanbieter (iMove)

Die BMBF-Initiative „iMOVE“, angesiedelt im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), betreibt in ausgewählten Regionen Marketing für „Training Made in Germany“ und unterstützt deutsche Aus- und Weiterbildungsanbieter dabei, in internationalen Märkten erfolgreich zu sein. In den politischen Kooperationsformaten sowie am „Runden Tisch zur Internationalen Berufsbildungszusammenarbeit“ steuert iMOVE die Perspektiven und Potentiale der Aus- und Weiterbildungsbranche bei. Darüber hinaus ist die Unterstützung in strategischen Fragen, z. B. der Konsortialbildung oder der Geschäftsmodellentwicklung, ein Ziel. iMOVE veröffentlichte 2015 Marktstudien zu den Ländern Polen, Kolumbien, Malaysia und China (Relaunch), 2016 werden Kasachstan, Spanien, Philippinen und Indien (Relaunch) folgen.

Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS)

Die IBS berät und informiert zu allen Fragen der Lernmobilität in der Ausbildung. Seit 2013 ist sie bei der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt. Mit dem Portal www.go-ibs.de ist eine Datenbank verknüpft, in der erstmalig alle Programme und Finanzierungshilfen verzeichnet sind, die für die berufliche Qualifizierung im Ausland genutzt werden können. Bislang oft verstreut präsentierte Angebote können interessierte Schulabsolventinnen und -absolventen, Auszubildende, Fachkräfte oder Personalverantwortliche nun auf einen Blick finden und vergleichen. Ergänzt wird das Online-Angebot durch eine integrierte Beraterlandkarte, auf der Ratsuchende spezialisierte Ansprechpartner finden können. Auch eine Telefon-Hotline zur persönlichen Erstberatung ist geschaltet.

Deutsche Welle (DW)

Die DW, der Auslandsrundfunksender Deutschlands,. ist eine bedeutende Politik- und Kulturbotschafterin und leistet einen wichtigen Beitrag zur internationalen Positionierung Deutschlands. Innerhalb der Bundesregierung liegt die federführende Zuständigkeit bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Ihr gesetzlicher Auftrag: Die Angebote der DW sollen Werte und Perspektiven darstellen, für die Deutschland als freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat steht und zur Medien- und Meinungsvielfalt beitragen. Gemäß § 4 des Deutsche-Welle-Gesetzes gehört es zu den Zielen der DW, durch ihre Angebote Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. Diese sollen zudem auch deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern, im Internet, Fernsehen und Radio ein realistisches, facettenreiches Deutschlandbild zu vermitteln und dadurch zur Reputation Deutschlands in der Welt beizutragen. 2014 hat die DW eine umfassende inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung begonnen. Sie strebt eine Steigerung der Reichweite von derzeit 118 Millionen regelmäßigen wöchentlichen Nutzern auf 150 Millionen im Jahr 2017 an. Damit will sie angesichts der wachsenden Konkurrenz anderer Auslandssender ihre Präsenz auf den internationalen Medienmärkten ausbauen. Die DW wird aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert und erhält zusätzliche Projektmittel aus dem Etat des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.www.dw.com

Max Weber Stiftung (MWS)

Die Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland verfolgt als größte deutsche geisteswissenschaftliche Forschungseinrichtung Vorhaben im Bereich der Geschichts-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Sie ist derzeit mit zehn Forschungsinstituten im Ausland vertreten (sechs Deutsche Historische Institute in London, Moskau, Paris, Rom, Warschau und Washington D. C;

Deutsches Institut für Japanstudien in Tokio; Orient-Institut Beirut mit Außenstelle in Kairo und Orient-Institut Istanbul, Deutsches Forum für Kunstgeschichte in Paris). Engere Forschungskooperationen bestehen zudem mit Indien und China.

Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die KSB wurde 2002 als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts gegründet und hat ihren Sitz in Halle an der Saale. Im Rahmen der Bundeszuständigkeit bei der Kunst- und Kulturförderung konzentriert sich ihre Arbeit auf die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext. Die KSB wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien institutionell gefördert. Vor allem Austauschprojekte und länderübergreifende Kooperationen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die KSB ist ein wichtiger Partner für das Goethe-Institut und häufig maßgeblich an der Finanzierung von Projekten beteiligt.

www.kulturstiftung-des-bundes.de

Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Das Haus der Kulturen der Welt gehört zum Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB), die auch die Internationalen Festspiele Berlin (Berlinale) und die Berliner Festspiele – einschließlich des Martin-Gropius-Baus – umfasst und deren Alleingesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist. Das HKW feierte im Oktober 2014 sein 25-jähriges Bestehen. Seit 1989 ist das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin ein kosmopolitischer Ort für die internationalen zeitgenössischen Künste und ein Forum für aktuelle Entwicklungen und Diskurse, in dem sich Wissenschaft und Kunst verbinden. Das HKW zeigt Werke außereuropäischer Kulturen aus den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Literatur, darstellende Künste, Film und Medien und verknüpft sie zu einem interdisziplinären Programm. Das HKW wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien institutionell gefördert, das Auswärtige Amt unterstützt mit einer regelmäßigen, projektbezogenen Förderung, die durch zusätzliche Mittel aufgestockt werden kann.

www.hkw.de

Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften

In vielen Ländern der Welt leisten lokale Vereinigungen einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch zwischen ihren Ländern und Deutschland. Als inhaltlich und rechtlich selbständige Kulturgesellschaften auf nicht-kommerzieller Basis haben sie es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Sprache zu fördern, aktuell über Deutschland zu informieren oder kulturelle Programme mit Deutschlandbezug anzubieten. Ihr Engagement ergänzt die Tätigkeit des Goethe-Instituts weltweit. Im Netzwerk der deutschen AKBP wirken sie als wertvolle Partner für die Durchführung kultur- und bildungspolitischer Aktivitäten. Die Arbeit von deutsch-ausländischen Kulturgesellschaften im Ausland wird mit Projektmitteln des AA gefördert. Um die Goethe-Institute und die Kulturgesellschaften im Ausland stärker zu vernetzen und inhaltlich mehr aufeinander abzustimmen, wurde die Förderzuständigkeit sukzessive auf das Goethe-Institut übertragen, das derzeit rund 160 Kulturgesellschaften im Auftrag des AA betreut und in ihrer Projektarbeit fördert. Circa 30 dieser Kulturgesellschaften mit besonderen Qualitätsmerkmalen, die mit dem Goethe-Institut einen Kooperationsvertrag geschlossen haben, tragen den Namen „Goethe-Zentrum“. Im Inland unterstützt das AA die Projektarbeit von gemeinnützigen Vereinigungen, die mit Kultur- und Informationsveranstaltungen den bilateralen Kulturaustausch mit anderen Ländern fördern, darunter fünf Deutsch-Amerikanische Institute.

Fulbright-Kommission

Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission ist eine binationale Institution, die von deutscher und US-amerikanischer Seite gemeinsam finanziert wird. Sie wurde bereits vor über 60 Jahren mit dem Ziel gegründet, das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und Deutschland durch akademischen und kulturellen Austausch zu fördern. Die Fulbright-Kommission unterstützt hochqualifizierte Studierende, Lehrende, Journalisteninnen / Journalisten, Wissenschaftlerinnen / Wissenschaftler und Hochschuladministratorinnen / Hochschuladministratoren beider Länder mit jährlich über 700 Stipendien.

www.fulbright.de

Villa Aurora

Die Villa Aurora, das ehemalige Wohnhaus von Lion und Marta Feuchtwanger in Los Angeles, ist Künstlerresidenz und Ort der Kulturbegegnung. Zum Gedenken an die Zeit des Exils hält sie die Erinnerung an Künstlerinnen, Künstler und Intellektuelle wach, die in Kalifornien Zuflucht vor NS-Verfolgung fanden und bedeutenden Einfluss auf das Kulturleben der US-amerikanischen Westküste hatten. Der Verein mit Sitz in Berlin fördert den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch. Die Villa Aurora wird vom Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

www.villa-aurora.org

Deutsche Auslandsgesellschaft e. V.

Die Deutsche Auslandsgesellschaft e. V. mit Sitz in Lübeck wurde 1949 gegründet. Schwerpunkt ihrer vom Auswärtigen Amt geförderten Arbeit ist die Stärkung von Deutsch als Fremdsprache in Nord- und Nordosteuropa sowie im Ostseeraum vor allem im Bereich der Lehrerfortbildung.

Villa Vigoni

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), ist seit 1984 durch Annahme eines Vermächtnisses Eigentümerin der Liegenschaft Villa Vigoni in Loveno di Menaggio am Comer See (Italien). Mit dem Vermächtnis war die Auflage verbunden, die deutsch-italienischen Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Bildung und der Kultur unter Einbeziehung ihrer Verknüpfungen mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu fördern. Der bi-nationale Trägerverein Villa Vigoni e. V. soll Begegnung und Verständnis zwischen Deutschen und Italienern fördern und einen ständigen Wissens- und Erfahrungsaustausch ermöglichen. Diese Aufgaben werden durch Studienaufenthalte, Seminare, Diskussionsrunden, Kolloquien und künstlerische Veranstaltungen, überwiegend in der Villa Vigoni sowie durch Publikationen erfüllt. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Begegnung von Entscheidungsträgerinnen und –träger aus Wissenschaft und Politik. Der Verein hat seine Tätigkeit unter das Motto „Deutschland und Italien im vereinten Europa, Europa in der einen Welt“ gestellt.

Auslandskulturarbeit der Kirchen

Die deutsche katholische Kirche (Deutsche Bischofskonferenz/DBK) und die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) sowie deren Missionswerke (Deutsche Ordensobernkonferenz; Evangelisches Missionswerk in Deutschland) leisten im Rahmen ihrer Aktivitäten im Ausland einen wichtigen Beitrag zum Austausch, zur Verständigung und zur Zusammenarbeit zwischen Menschen verschiedener Kulturen, Religionen und Weltanschauungen. Durch einen Dialog mit partnerschaftlichem Ansatz, der geprägt ist von gegenseitigem Respekt vor der Kultur des Anderen, erreichen die Kirchen und kirchlichen Missionswerke Menschen unmittelbar und gewinnen sie für unser Land, unsere Werte und unsere Ideen. Mit ihrer Auslandskulturarbeit tragen sie zum Schutz und zur Stärkung kultureller Identitäten und zu interkultureller und interreligiöser Verständigung bei. Auch im Jahr 2015 stellte das Auswärtige Amt der DBK und der EKD sowie den zugehörigen Missionswerken Mittel für die Durchführung von Kultur-, Austausch- und Begegnungsprojekten in den Auslandsgemeinden zur Verfügung. Zudem fördert das Auswärtige Amt Stipendienprogramme des Katholischen Akademischen Ausländerdienstes (KAAD) und von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst besonders in der Region Osteuropa. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien koordiniert die Aktivitäten der Ressorts im Rahmen des Reformationsjubiläums und fördert seit 2011 unterschiedliche Veranstaltungen wie Konzerte, Ausstellungen, Konferenzen oder Projekte zur kulturellen Bildung sowie den Erhalt und die Sanierung bedeutender Reformationsstätten.

Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017 wurde 2008 die Lutherdekade eröffnet. Die EKD und staatliche Institutionen konzipieren und organisieren die Dekade partnerschaftlich. Die Reformation hat die geistesgeschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Vielzahl von Ländern entscheidend beeinflusst. Deshalb begleitet auch das Auswärtige Amt im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik die Reformationsdekade mit eigenen Projekten. Am 31. Oktober 2015 wurde das 9. Themenjahr (2016) „Reformation und die Eine Welt“ in Straßburg mit einem kirchlichen Gottesdienst und einem staatlichen Festakt eröffnet, an denen Staatsminister für Europa, Michael Roth MdB, zusammen mit seinem französischen Kollegen, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Harlem Désir, teilnahm.

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurde am 25. November 1952 als Bundeszentrale für Heimatdienst in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Den heutigen Namen trägt sie seit 1963. Die bpb ist eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Bonn und unterhält Medienzentren in Bonn und Berlin. Sie hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.

www.bpb.de



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333